

08 | August 2016

Attersee. *REPORT*

„Bruchlinien“

Leserumfrage

Tempora Mutantur

Andreas Kirschhofer-Bozenhardt

**Toxische Gedanken,
blockierte Lösungen**

Jörg Mayer

**Der Rechtsstaat
und die Linken**

**Europäer im Urteil
der Deutschen**

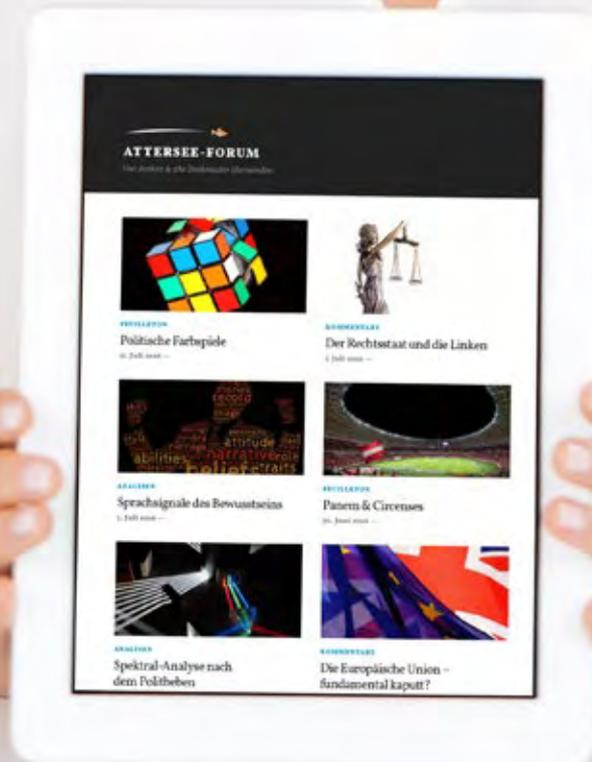
Christine Schadenhofer

**Existenzfragen für
unsere Gesellschaft**



Besuchen Sie
uns auch im
Internet

www.
attersee-forum
.at



Inhalt

Andreas Kirschhofer-Bozenhardt Daten ohne Taten	Seite 6
Tempora Mutantur	Seite 10
Rechts und Links	Seite 15
Andreas Kirschhofer-Bozenhardt Toxische Gedanken, blockierte Lösungen	Seite 18
Jörg Mayer Der Rechtsstaat und die Linken	Seite 21
Europäer im Urteil der Deutschen	Seite 24
Karikatur Die Völker Europas	Seite 26
Christine Schadenhofer Existenzfragen für unsere Gesellschaft	Seite 28
Christian Hiebler Die Botschaft der Farben	Seite 32
Sprachsignale des Bewusstseins	Seite 36
Nicole di Bernardo Eine Welt aus den Fugen	Seite 38
Christine Schadenhofer Medien als Transporteure gewünschter Narrative?	Seite 40
Jörg Mayer Frei denken!	Seite 42

IMPRESSUM

Medieninhaber: Freiheitlicher Arbeitskreis Attersee ■ Herausgeber: Komm.Rat. Alois Gradauer
Blütenstraße 21/1, A-4040 Linz/Donau, Tel.: (0732) 736426, E-Mail: verein@atterseekreis.at ■
Redaktionelle Gestaltung: Andreas Kirschhofer-Bozenhardt, Gaferlweg 3; A-4073 Wilhering, Tel.: (07226) 4002-43,
E-mail: kirschhofer@drei.at ■ Chef vom Dienst: Jörg Mayer, Tel.: (0732) 736426-35, E-Mail: mayer.joerg@gmx.net
Fotos sofern nicht gekennzeichnet: Fotolia.com / Pixelio.de / Wikipedia / pixaby.com

www.attersee-forum.at

Vorwort des Herausgebers



Sehr geehrte Dame, sehr geehrter Herr,

diesmal habe ich einen triftigen Grund, meine Begrüßungsadresse mit einem Dank an Sie zu beginnen. Zum einen für die Teilnahme an unserer im April durchgeführten Leser-Umfrage, zum anderen aber auch für das immense Lob, das wir von Ihnen für den Attersee-Report erhalten haben. Aus den Antworten der Umfrage dürfen wir ableiten, daß 42 Prozent der Bezieher unsere Publikation als „*sehr gut*“ beschreiben; weitere 52 Prozent klassifizieren sie als „*gut*“.

Am häufigsten hervorgehoben in der Einzelbewertung wurden die Merkmale „*gute Autoren*“, „*empfehlenswert*“, „*glaubwürdig*“, „*gut geschrieben*“, „*informativ*“ und „*lehrreich*“. Nur ganz wenige Leser kritisieren, daß das Magazin reißerisch, tendenziell, zu aggressiv oder einfalllos sei. Politisch wird der Attersee Report als „*gemäßigt rechts der Mitte stehend*“ eingestuft.

Was uns verständlicherweise stolz macht, ist die Gewißheit, daß uns das Lob an der Publikation von einem sozial und bildungsmäßig hochkarätigen Publikum erteilt wurde. Mehr als die Hälfte unserer Leser haben einen Hochschulabschluss. Übrigens ist es so, dass die Hefte von rund jedem zweiten Leser nach der Lektüre an Familienangehörige oder Bekannte weitergereicht werden. Nur bei 15 Prozent der Bezieher landet die Schrift schnell wieder im Papierkorb.

Bei der Befragung ging es freilich nicht nur darum, die Publikumswirkung des Attersee-Reports kennenzulernen. Was uns noch mehr interessierte, war die Frage, welche Haltung unsere Leser zu den großen Gegenwartsproblemen beziehen, wie sie die Gesamtentwicklung Österreichs

in den nächsten Jahren einschätzen, was sich ihrer Meinung nach in den letzten Jahren in der Gesellschaft verändert hat und welche Probleme sie innerlich beschäftigen. Die vielleicht brisanteste Frage bezog sich darauf, welche Chancen unsere Leser dem Zusammenwachsen der Zuwanderer aus Syrien, Afghanistan und Nordafrika mit der Lebensweise der österreichischen Stammbevölkerung einräumen. Die Antworten auf all dies finden Sie im Inneren dieses Hefts auf den Seiten 10-14.

An dieser Stelle ist zu vermerken, dass es weder in der Zielsetzung des Attersee-Reports noch in den Möglichkeiten eines Quarterly liegt, auf das sich überstürzende politische Tagesgeschehen einzugehen. Unser Bestreben ist es, die Strömungen dieser Zeit mit kritischer Wachsamkeit zu verfolgen und auf Gefahrensymptome aufmerksam zu machen. Die Redaktion hat es bedauert, in der an Dramatik überreichen Gegenwart publizistisch nicht schneller auf das Zeitgeschehen reagieren zu können.

Um Abhilfe zu schaffen, haben wir uns daher entschlossen, neben dem Attersee-Report auch ein Online-Portal unter dem Begriff „*Attersee-Forum*“ einzurichten. Es ist nicht zuletzt dafür bestimmt, eine Plattform für den Austausch von Meinungen zu schaffen und unseren Lesern die Möglichkeit zu geben, sich mit ihren eigenen Standpunkten in die Diskussion einzubringen. Wir hoffen, auch mit diesem Schritt die Zustimmung unserer treuen Leserschaft zu finden.

Mit besten Grüßen,

KommR. Alois Gradauer
Präsident des Atterseekreises

Liebe Leserin, lieber Leser,

es wäre nicht Österreich, wenn es inmitten des Kampfgetümmels nicht auch heitere Episoden gäbe. Heiter war zum Beispiel das abendliche Zwiegespräch zwischen dem „New Dealer“ Christian Kern und seinem politischen Gegenüber Reinhold Mitterlehner im ORF. Wer vor der Sendung befürchtete, die beiden würden sich wegen unterschiedlicher Sichten allzu sehr in die Haare geraten, wurde bald beruhigt. Der rote Kanzler und sein schwarzer Vize boten ein geradezu liebliches Bild von Friedlichkeit und Harmonie.

Was das Publikum zu sehen bekam, war förmlich eine Umarmung zwischen den Vertretern von angeblich unterschiedlichen Parteien. Gewiss, bei der Maschinensteuer passte man nicht so ganz zusammen, da gab es ein kurzes Hickhack. Ansonsten aber viel Übereinstimmung, insbesondere bei dem, was man alles gemeinsam angehen werde: Bürokratieabbau beispielsweise, Arbeitsplätze für Jugendliche schaffen, Bildung fördern, Investitionen anreizen, kurzum all das, was seit Jahren auf der Agenda der rot-schwarzen Koalition unerledigt geblieben ist. Und natürlich werde man in die Bevölkerung hineinhorchen und den Wähler ernst nehmen.

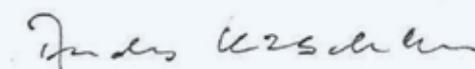
Das heißt freilich nicht, daß man den Bürger bei allen Dingen mitentscheiden lassen wird, denn „Populisten verzerren die Wirklichkeit“, so meinte Mitterlehner sinngemäß, und „bei Referenden steht die Zukunft auf dem Spiel“, so philosophierte Kern. Auch von einer Veröffentlichung demoskopischer Stimmungsbildern in den Tagen vor einer Wahl hält man nicht viel. Den Bürger geht es offensichtlich nichts an, wie andere Menschen über die Parteien denken. Einig waren sich die beiden Parteichefs nicht zuletzt darüber, dass man jetzt fest zusammenhalten werde. Zu einer Wahl stellen wolle man sich erst 2018 wieder.

Und wie steht man zur EU? Darüber wurde nur so nebenbei geredet. So viel aber war zu vernehmen: „Die EU hat Handlungsbedarf“ (Mitterlehner) und „eine Reform der EU ist nötig“ (Kern). Gesamterkenntnis aus dem Dialog: konturlose Aussagen, Bemühen um politische Schmerzvermeidung, Suche nach lauwarmen Kompromissen und Demonstration eines „Wir-Gefühls“.

Ein solches Wir-Gefühl mag zwischen den Spitzenpersönlichkeiten der Regierungsparteien durchaus existieren und es ist zu respektieren, sofern es auf persönlicher Sympathie und Achtung beruht. Keinesfalls besteht ein Wir-Empfinden derzeit zwischen Regierenden und Regierten. Was am schlimmsten ist: Es existiert, wie das jüngste Geschehen um die Bundespräsidentenwahl bestätigt, auch nicht mehr innerhalb der Bevölkerung selbst. Das kurzzeitige Aufflammen von Gemeinsamkeit, das begeisterte Absingen der Nationalhymne und das Schwenken rot-weiß-roter Fähnchen täuscht darüber hinweg, dass Österreich ein sich selbst fremd gewordenes Gebilde geworden ist. Während lauthals zur Integration mit völlig fremden Völkerschaften aufgerufen wird, vollzieht sich scheinbar unaufhaltsam eine Desintegration im Inneren. Österreich und darüber hinaus Europa ist auf eine erschreckende, geradezu tragische Weise in sich zerrissen.

Die vorliegende Ausgabe des Attersee-Reports nimmt an verschiedenen Stellen auf diesen Zustand, der eng mit der Kommunikation politischer Inhalte zusammenhängt, Bezug. Wir hoffen, damit einen zumindest kleinen Beitrag zur Bildung eines Bewußtseins zu leisten, ohne das eine Umkehr nicht denkbar ist.

Herzlichst,



Chefredakteur



80%

der Attersee.Report Leser machen sich Sorgen hinsichtlich der Zukunft ihrer Kinder.

“ Wir haben es immer mehr mit einer Überproduktion von Fakten und einem Manko an Umsetzung zu tun.

DATEN OHNE TATEN

von *Andreas Kirschhofer-Bozenhardt*

Um Werner Faymann ist es still geworden, seit er mit seinem überraschenden Rücktritt den einzigen wirklichen Knalleffekt seiner Karriere als Bundeskanzler bewirkte. Was er jetzt tut, weiß man nicht genau, und es interessiert im Grunde auch niemanden. Irgendeine Beschäftigung mit dem Schnörkel der Bedeutsamkeit wird sich für den politischen Frühpensionisten sicherlich auftreiben lassen. Angeblich betätigt sich Faymann mittlerweile als Lobbyist.

Recht gut gelungen ist der Absprung aus der Politik und Umstieg auf einen anderen beruflichen Bahnsteig dagegen dem früheren Vizekanzler Michael Spindelegger. Er ist seit Jahresbeginn Generaldirektor des Internationalen Zentrums für Migrationspolitikentwicklung, kurz ICMPD. Darunter sei eine Denkfabrik zu verstehen, die einschlägige Recherchen durchführt, Studien erstellt, Erfahrungen speichert und verwer-

tet. Die Organisation hat 150 Mitarbeiter in Außenstellen rund um das Mittelmeer und finanziert sich aus EU-Geldern. Das klingt auf Anhieb recht vernünftig, ein so großer Stab von Mitarbeitern verspricht die Produktion einer gewaltigen Menge von Informationen, die eine wichtige Orientierung über die Migrationsprozesse darstellen können.

Allerdings: Wer wird all diese mit Feuereifer gesammelten Informationen auch lesen? Wer wird aus ihrer Riesenfülle die problemgerechten Schlüsse ziehen und den Daten Taten folgen lassen? Einstweilen deutet nichts darauf hin, dass eine Vermehrung des Wissens, das man ebenso gut aus unzähligen anderen Informationsquellen schöpfen kann, zu einer erkennbaren Verbesserung politischer Entscheidungen geführt hätte. Das ist natürlich nicht Spindeleggers Schuld, wenngleich er sich in seiner neuen Funktion bisher noch nicht mit



noch überschaubaren Informationsflut auf nahezu allen Gebieten des Lebens. Wir haben es immer mehr mit einer Überproduktion von Fakten und einem Manko an Umsetzung zu tun.

Der Züricher Professor Gerhard Schmidchen stellte zu der Frage, wie man all das in Erfahrung bringen könnte, was allein im Millionenangebot von Büchern an Wissen gesammelt ist, eine simple Überlegung an: Studierte man jede Woche ein Buch, käme man bei 70 Lebensjahren auf gut 3500 gelesene Bücher. Man könnte den Lese-Eifer natürlich verdoppeln: jede Woche zwei Bücher wären dann also 7000 über das ganze Leben. Dann würde man freilich fast nur noch lesen und hätte für nichts anderes Zeit. Trotzdem besäße man am Ende immer noch keine universale Kenntnis über das gesammelte Wissen der Menschheit. Der einzige Ausweg aus diesem Dilemma besteht in einem Reduktionsprozess bei der Themenwahl.

90%
 der Attersee.Report Leser beschäftigen sich gedanklich sehr bzw. ziemlich stark mit der Auswirkung der Zuwanderung.

nennenswerten Erkenntnissen über die Hintertücken der Migrationspolitik bemerkbar gemacht hat. Der mutige Vorschlag des Außenministers Sebastian Kurz zur Bildung von Auffanglagern, um ein Screening der Flüchtlinge zu ermöglichen, hätte Spindelegger im Prinzip viele Ansätze für begleitende Expertisen und Wortmeldungen geboten.

Wahrscheinlicher als die sachgerechte Nutzung der neuen Erkenntnisse ist aber, dass die von Spindelegger und seinem Team zusammen getragenen Daten letztlich nirgends zur Kenntnis genommen und nach guter Beamtenmanier sorgsam in einem Archiv gelagert werden, besteht das generelle Dilemma unserer Zeit doch in einer kaum

Die Bedeutung politischer Information

Wie wichtig ist es nun – angesichts dieses Zwangs zur sorgfältigen Auswahl von Interessensgebieten – über politische Vorgänge gut Bescheid zu wissen? Hier stellt sich die Situation für Wähler und Gewählte unterschiedlich dar: Dem Bürger dient die Beschaffung politischen Wissens zum einen Teil der Befriedigung simpler Neugier, zum anderen (und wohl kleineren) Teil der sachlichen Orientierung über die Tauglichkeit von Parteien und Politikern. Im weitesten Sinne interessiert an der Politik können laut IMAS-Erhebung 31 Prozent der Österreicher gelten, ein Intensivinteresse haben allerdings nur 9 Prozent. Demgemäß ist auch das aktive Suchen nach politischer Information im Inter-

„ Interessiert an der Politik sind laut IMAS 31 % der Österreicher, ein Intensivinteresse haben allerdings nur 9 %.



Andreas Kirschhofer-Bozenhardt

war Stellv. Chefredakteur einer großen Tageszeitung und in weiterer Folge am Institut für Demoskopie Allensbach tätig, wo er zum Führungskreis um Prof. Elisabeth Noelle-Neumann zählte. In dieser Zeit als Berater der Deutschen Atlantischen Gesellschaft Mitgestalter einer Informationsstrategie der NATO. 1972 Aufbau der Institutsguppe IMAS-International mit starken Akzenten auf Kommunikations- und Gesellschaftsforschung. Zahlreiche Publikationen.



“ Es kann keinen Zweifel geben, dass die fatalen Fehlentscheidungen insbesondere in der Migrationspolitik letztlich einem völlig ungenügenden Problemverständnis zuzuschreiben sind. Die jüngste Vergangenheit hat das auf geradezu bestürzende Weise bewiesen.

net eine seltene Ausnahme und das politische Sachwissen ganz allgemein äußerst gering.

Im Gegensatz zum Neugier-Motiv bei den Wählern geschieht die Mobilisierung von Wissen bei Politikern vor allem zur Lösung von Problemen. Insofern sollte man meinen, dass sich die Mandatäre durch ein intensives Lese-Interesse und entsprechendem Wissensstand auszeichnen. Dem ist aber nicht so: Bei einer „politischen Zentralmatura“, die das IMAS vor einigen Jahren bei den Abgeordneten zum EU-Wissen angestellt hat, ist die große Mehrheit der Parlamentarier mit Pauken und Trompeten durchgefallen. Nur eine kleine Minderheit von ihnen war in der Lage, die im Grunde simplen Testfragen über die Mechanismen der EU zu beantworten.

Das lag sicherlich nicht an einem Mangel an Intelligenz, sondern vielmehr an einem vordergründigen und oberflächlichen Umgang mit politischen Wissensstoffen. Die Arbeitsenergie erschöpft sich in der Aufmerksamkeit für taktische oder organisatorische Vorgänge, das Lesen oder Abfassen von Vorlagen, dem Überfliegen der Tagespresse und der Wahrnehmung von 30-Sekunden-Beiträgen über das Zeitgeschehen im Fernsehen. Auch das passive Verfolgen von politischen Talkshows im ORF mit der notorischen Dazwischenrednerin Ingrid Thurnher oder die zu Tribunalen gestalteten ZIB-2-Interviews von Armin Wolf sind bestenfalls Gabelbissen ohne Sättigungswert. Mit Fastfood-Information lassen sich jedoch keine Entscheidungen treffen, von denen oft das Wohl und Wehe der Nation abhängt. Es kann keinen Zweifel geben, dass die fatalen Fehlentscheidungen insbesondere in der Migrationspolitik letztlich einem völlig ungenügenden Problemverständnis zuzuschreiben sind. Die jüngste Vergangenheit hat das auf geradezu bestürzende Weise bewiesen. Deutlichster Ausdruck dafür ist der von Angela Merkel leichthin verkündete Satz: „Wir schaffen das“.

Alte und neue Erkenntnisse

Um problem-adäquate Entscheidungen zu treffen, ist nicht nur „politisches Gespür“, also eine sehr subjektive Situationsbetrachtung, sondern auch eine solide Faktenkenntnis und theoretische Bildung vonnöten. Dabei genügt es heute nicht mehr, sich irgendwann mit großen Denkern wie Plato, Aristoteles, Hobbes oder Locke beschäftigt zu haben, oder die Klassiker der Ökonomie von Adam Smith bis Mises, Keynes, Erhard, Hayek und Friedman zu kennen. Unter dem Bedrohungsszenario der Massenwanderung aus Afrika und Asien geht es um mehr als um Fragen der Besitzgerechtigkeit.

Heute geht es um Gedeih oder Verderb unserer europäischen – man könnte auch sagen: westlichen – Lebenswelt. In dieser Situation lohnt es sich, nicht nur auf die Ökonomen, sondern auch auf die Gesellschaftswissenschaftler und Demographen zu hören. Es gibt darunter nicht wenige, die durchaus etwas zu sagen haben, was der Orientierung über das völlig neue Problemfeld dient. Den Linken möchte man dabei zurufen: Vergesst, was euch Marcuse, Adorno, Horkheimer oder Mitscherlich vor fünfzig Jahren eingebläut haben - denkt lieber darüber nach, was Leute wie Meinhard Miegel, Herwig Birg, Hans-Werner Sinn oder Peter Sloterdijk heute zu sagen ha-

ben! Auch Thilo Sarrazins ist ein heißer Tip: Sein 2010 erschienenenes Buch *Deutschland schafft sich ab*, das die Kanzlerin Merkel damals als „nicht hilfreich“ bezeichnete, nähert sich mittlerweile einer beklemmenden Realität. Auch sein neuestes Werk *Wunschdenken* kennzeichnet den Ernst der Lage.

“ **Heute geht es um Gedeih oder Verderb unserer europäischen – man könnte auch sagen: westlichen – Lebenswelt.**

Der Einwand aus dem Mund der Politiker liegt nahe, man habe für das, was man eigentlich lesen sollte, unter der Last der Termine und Pflichten einfach keine

Zeit. Nun, ein Großer der österreichischen Nachkriegsgeschichte, Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky, schreibt dazu in seinen Lebenserinnerungen:



“ **Ich habe unerbittlich daran festgehalten, abends eine Stunde Zeit zum Lesen zu haben... Wenn es zwölf Uhr nachts war, habe ich bis ein Uhr gelesen, wenn es ein Uhr war, bis zwei Uhr. Sogar nach dem Opernball, als es bereits fünf Uhr war, habe ich eine Stunde gelesen. Das muß man eben tun, wenn man ein politischer Mensch sein will...** ■

“ **Vergesst, was euch Marcuse, Adorno, Horkheimer oder Mitscherlich vor fünfzig Jahren eingebläut haben - denkt lieber darüber nach, was Leute wie Meinhard Miegel, Herwig Birg, Hans-Werner Sinn oder Peter Sloterdijk heute zu sagen haben!**

Mehr als
50%
der Leser sind
Akademiker

UNSERE LESER ZUM

TEMPORA

Es ist ein Merkmal der Moderne, dass sich der Wandel ungleich rascher vollzieht als in früheren Zeitphasen der Menschheitsgeschichte. Allein das Kürzel Industrie 4.0 signalisiert den Beginn einer vierten Stufe der industriellen Entwicklung, seit James Watt 1783 mit der Erfindung der Dampfmaschine eine revolutionäre Umformung der Arbeitswelt und später auch der Gesellschaft eingeleitet hat. Wir müssen mit pausenlosen Veränderungen leben. Alle Neuerungen beeinflussen auch das mentale Befinden der Menschen und somit das öffentliche Bewusstsein, aus dem sich letztlich die politischen Verhaltensweisen ableiten.

Leserschaft mit Elitemerkmalen

Die Redaktion des Attersee-Reports wollte wissen, wie ihre Leser die Situation einschätzen und bat ihre Bezieher um Auskunft zu einer Reihe von Gegenwartsproblemen. Aus den richtwertartigen Antworten von 250 Respondenten formt sich eine höchst interessante Zustandsbeschreibung unserer Gesellschaft und ihrer Nöte.

Zunächst ist anzumerken, dass es sich beim Publikum des Attersee-Reports um einen bildungsmäßig hochkarätigen Personenkreis handelt. Mehr als die Hälfte der Leser hat einen Hochschulabschluss, rund drei Viertel Matura. Da die meisten Leser bereits die höheren Sprossen der sozialen Leiter erklettert haben, ist es logisch, dass sie auch ein höheres Durchschnittsalter aufweisen. Es liegt rund zehn Jahre über dem der Gesamtbevölkerung, wobei der Median in Österreich von der amtlichen Statistik mit 43,6 Jahren beziffert wird.

Beruflich rekrutiert sich das Gros der Leserschaft (zu ca 55-60 Prozent) aus Angestell-

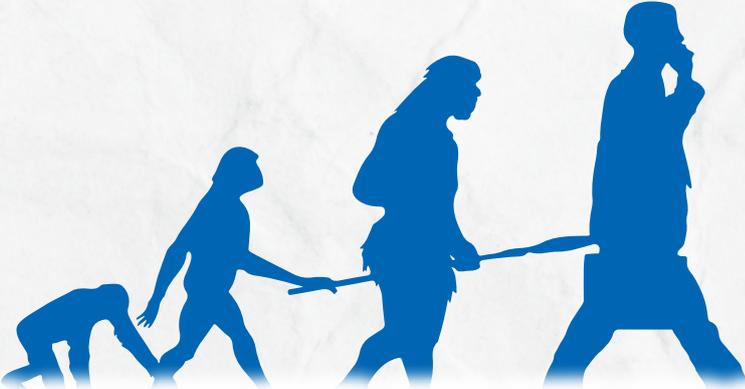
ten und Beamten, wobei es sich aufgrund des hohen Bildungsgrades überwiegend um Personen in gehobenen Positionen handeln dürfte. Rund zwei Fünftel der Leser sind selbständige Unternehmer oder Freiberufler.

Beurteilung von Zukunft und Vergangenheit

Kennzeichnend für unser Publikum ist eine sehr nüchterne und illusionslose Zukunftsbetrachtung. Rund 70 Prozent der Leser rechnen damit, dass sich die Lebensverhältnisse hierzulande in den nächsten zehn Jahren verschlechtern werden. Bestenfalls einer von zehn glaubt an eine Verbesserung.

Die düstere Gesamtstimmung wurzelt zumindest teilweise in der Überzeugung von nachteiligen Entwicklungen in den vergangenen beiden Dekaden. Jeweils mehr als 65 Prozent der Befragten haben den Eindruck, dass man sich heute mehr Sorgen um die Alterssiche-

2/3
der Leser
vermissen Werte
& Ideale in der
Gesellschaft



MUTANTUR

rung machen muss als früher, dass alles oberflächlicher geworden ist und es an Werten und Idealen mangelt, und dass sich die Menschen immer mehr vom christlichen Glauben entfernen. Außerdem wird beklagt, dass die Zuwanderung unsere gewohnte Lebensweise immer mehr verdrängt und dass die Kriminalität stark zugenommen hat. Bezeichnend für die Leser des Attersee-Reports ist überdies die Überzeugung von einem stark erhöhten Leistungsdruck im Beruf, der Zunahme sexueller Freizügigkeit und einem Gewinnstreben, das mittlerweile unmenschliche Züge aufweist.

Im Vergleich zu all diesen nachteiligen Erfahrungen fallen die positiven Eindrücke aus dem Verlauf der letzten zwanzig Jahre kaum ins Gewicht. Höchstens fünf Prozent der Leser vertreten die Meinung, dass es jetzt mehr Hilfsbereitschaft gibt und dass Österreich durch die Zuwanderung bunter und schöner geworden ist, dass der einzelne Bürger jetzt mehr Freiheitsrechte genießt und dass es mehr soziale Gerechtigkeit gibt. Nicht eingestellt hat sich in den letzten Jahren ein erhöhtes Sicherheitsgefühl vor Kriegen oder die Überzeugung von der Nützlichkeit der Europäischen Union. Bestenfalls jeder neunte Leser meint, die EU habe Österreich große Vorteile gebracht, rund zwei Fünftel glauben an partielle Vorteile, zwei Fünftel stellen aber auch einen Nutzen der EU ganz und gar in Abrede.

Unter den Problemen, die auf das Lebensgefühl der Leserschaft einen Einfluss haben, nimmt die Zuwanderung einen prominenten Platz ein. Etwa 60 Prozent der Auskunfts-

personen gaben zu Protokoll, dass sie sich gedanklich „sehr stark“ mit den Auswirkungen der Völkerwanderung beschäftigen, weitere 30 Prozent tun dies „ziemlich stark“. Somit ist anzunehmen, dass die Zuwanderung für nahezu die gesamte Bezugsgruppe ein bedeutsames Problem darstellt.

Intensiv nachgedacht wird von der Leserschaft außerdem über die Zukunft der Kinder, über familiäre Dinge, die berufliche Situation, die Existenzsicherung, Gesundheitsfragen und über die eigene Alterssicherung. Vergleichsweise wenig beschäftigt man sich gedanklich dagegen mit dem Klimawandel, Umweltfragen und religiösen Dingen.

9 von 10
Lesern bezweifeln
das Gelingen der
Integration



80%
der Leser sehen
den Attersee-Report
gemäßigt rechts.

Zweifel am Gelingen der Integration

Im Zusammenhang mit der Zuwanderung wurden im Fragebogen zwei Statements zur Auswahl gestellt, mit denen die Leser ihre Ansicht zum Gelingen der Integration erkennbar machen konnten. Daraufhin entschieden sich gemessene

- **86 %** für die Aussage: „Österreicher und Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan und Nordafrika sind hinsichtlich Lebensweise, religiösen Grundsätzen und Demokratieverständnis zu verschieden, um zusammenwachsen zu können. Es wird daher zu schweren Konflikten kommen.“
- **5 %** unterstützten die Ansicht: „Die Österreicher werden mit den Flüchtlingen aus Syrien, Afghanistan und Nordafrika allmählich zu einer festen Einheit zusammen wachsen, die sich gut versteht und gut miteinander auskommt. Es wird keine nennenswerten Konflikte geben.“
- **9 %** enthielten sich bzgl. des Problems einer konkreten Meinung.

Am Ergebnis dieser Dialogfrage ist unschwer zu erkennen, dass die Leser

des Attersee-Reports ein Gelingen der Integration mit Syrern, Afghanen und Nordafrikanern entschieden bezweifeln.

Die Beurteilung des Attersee-Reports

Das Gesamturteil der hochkarätigen Leserschaft über den Attersee-Report lässt auf eine praktisch einhellige Zustimmung schließen. 42 Prozent der Bezieher beschreiben die Publikation als „sehr gut“, weitere rund 50 Prozent als „gut“.

Häufigste Hinweise in der Einzelbewertung sind: „Kompetente Autoren“, „empfehlenswert“, „glaubwürdig“, „gut geschrieben“, „informativ, lehrreich“. Nur ganz wenige kritisieren, das Magazin wäre „reißerisch“, „tendenziös“, „einseitig“, „zu aggressiv“ oder „einfallslos“.

Die politische Grundhaltung des Attersee-Reports wurde von rund 80 Prozent als „gemäßigt rechts von der Mitte“ beschrieben, 11 Prozent der Respondenten tippten auf „Mitte“, lediglich 6 Prozent auf „weit rechts von der Mitte“.

Nahezu jeder zweite Bezieher gibt das Heft nach der Lektüre an Familienangehörige oder Bekannte zum Lesen weiter, nahezu jeder dritte Nutzer archiviert den Attersee-Report, nur bei 15 Prozent landet er nach dem Lesen schnell im Papierkorb. Aus diesen Hinweisen kann abgeleitet werden, dass die Publikation einen großen Leserkreis besitzt. ■

90%
der Leser
bewerten den
Attersee-Report
mit Gut bzw.
Sehr gut

Problemsphäre der Leser



FRAGE. “Wie sehr beschäftigen Sie sich gedanklich mit den nachstehenden Problemen?”

	sehr stark %	ziemlich stark %	ein wenig %	gar nicht %	
<i>Auswirkung der Zuwanderung auf Österreich.....</i>	59	31	9	1	=100
<i>Zukunftsansichten der Kinder.....</i>	46	33	16	5	=100
<i>Familiäre Dinge.....</i>	36	41	22	1	=100
<i>Gesundheitliche Probleme.....</i>	23	30	39	8	=100
<i>Die berufliche Situation.....</i>	22	35	24	19	=100
<i>Existenzsicherheit.....</i>	18	38	34	10	=100
<i>Die eigene Altersversorgung.....</i>	17	28	37	18	=100
<i>Religiöse Probleme, Glaubensfragen.....</i>	12	24	40	24	=100
<i>Die vielen Veränderungen in der Gegenwart.....</i>	11	27	46	16	=100
<i>Der Klimawandel, Umweltprobleme.....</i>	10	29	46	15	=100
<i>Die Wohnsituation.....</i>	9	17	37	37	=100
<i>Konflikte mit Menschen (Nachbarn, Berufskollegen u.ä.).....</i>	3	11	41	45	=100
<i>Einsamkeit, Mangel an Kontakten.....</i>	3	8	31	38	=100

**Die Welt glänzt herrlich
in ihrem Wahn, zu sein.
Die Menschen aber sind schwerfällige,
bunt bemalte Matrjoschkas.
„Zieh dich aus“
Im Innern schlägt die leere
schwarze nackte Stunde.**

Michael Bärnthaler

Gefühlter Zeitenwandel

FRAGE. “Was hat sich Ihrem Gefühl nach in den letzten 20 Jahren bei uns verändert?“

	Voll u. ganz %	Teil- weise %	Gar nicht %	Kein Urteil %	
<i>Man muss sich mehr Sorgen um die Alterssicherung machen.....</i>	75	21	2	2	=100
<i>Das Leben ist oberflächlicher geworden. Es fehlen Werte und Ideale.....</i>	70	24	3	3	=100
<i>Die Menschen entfernen sich immer mehr vom Christentum.....</i>	65	31	1	3	=100
<i>Die Kriminalität hat stark zugenommen.....</i>	61	28	11	x	=100
<i>Die Zuwanderung verdrängt immer mehr unsere gewohne Lebensweise.....</i>	60	29	8	3	=100
<i>Man muss heute im Beruf mehr leisten.....</i>	57	36	3	4	=100
<i>Die sexuelle Freizügigkeit hat zugenommen.....</i>	55	36	5	4	=100
<i>Ehe und Familie haben an Bedeutung verloren.....</i>	54	38	4	4	=100
<i>Das Gewinnstreben hat unmenschliche Züge angenommen.....</i>	48	38	7	7	=100
<i>Die Heimatverbundenheit hat abgenommen.....</i>	39	42	12	7	=100
<i>Es wird weniger auf Gesetz und Ordnung geachtet als früher.....</i>	34	37	20	9	=100
<i>Die technische Entwicklung hat das Leben leichter gemacht.....</i>	29	64	4	3	=100
<i>Die Arbeitnehmer haben jetzt mehr soziale Sicherheit.....</i>	12	40	42	6	=100
<i>Es gibt jetzt mehr Wohlstand für alle.....</i>	11	37	45	7	=100
<i>Der Beitritt zur EU hat Österreich große Vorteile gebracht.....</i>	11	43	38	8	=100
<i>Österreich ist fortschrittlicher geworden.....</i>	9	47	34	10	=100
<i>Man kann sich heute sicherer vor Krieg fühlen.....</i>	7	24	61	8	=100
<i>Es gibt jetzt mehr soziale Gerechtigkeit.....</i>	5	37	48	10	=100
<i>Der Einzelne hat jetzt mehr Freiheit und Rechte.....</i>	4	36	49	11	=100
<i>Die Bürger haben in der Politik mehr Mitspracherecht.....</i>	4	24	67	5	=100
<i>Durch die Zuwanderung ist Österreich bunter und schöner geworden.....</i>	3	29	83	5	=100
<i>Es gibt heute mehr Hilfsbereitschaft.....</i>	1	44	41	14	=100

RECHTS & LINKS

- DENKMUSTER IM WANDEL

Für Leute vom Schlage des EU-Parlamentspräsidenten Martin Schulz ist die Welt einfach gestrickt: Links stehen „die Guten“ und rechts „die Bösen“. Die einen sind Menschenfreunde, Hilfsbereite, Demokraten, Korrekte, Vordenker, Gebildete usw. Die anderen sind verkappte Nazis, Rassisten, Populisten, Extremisten, Gestrige, Dumme. Beweise werden nicht geliefert – es ist einfach so, basta. In der Zwischenzeit legen die angeblich Gestrigen bei Wahlen europaweit immer mehr zu und werden damit zu den Morgigen. SPD-Mann Schulz verlangt als Strategie gegen die rechte Renaissance „die Solidarisierung der Parteien des Anstands.“ Höchste Zeit, über das Begriffspaar *rechts und links* einmal unaufgeregt nachzudenken.

Die Vokabeln haben ihren Ursprung bekanntermaßen in der Sitzordnung des Nationalkonvents nach der französischen Revolution. Damals und im 19. Jh. war es noch einfach, die beiden Lager in ihren Zielen voneinander zu unterscheiden. Auf den linken Bänken vieler europäischer Parlamente saßen jene, die für mehr Gleichheit eintraten und gegen die Benachteiligung von bestimmten Bevölkerungsgruppen aufstanden. Einst waren das vor allem die Arbeiter und Habenichtse. Kennzeichnend für die frühen Linken war daneben auch das Bestreben, sich international mit den Proletariern anderer Länder zu verbünden. „Die Internationale erkämpft das Menschenrecht“ hieß es im klassischen Kampflied. Auch das Wort Freiheit spielte eine große Rolle. Allerdings verstanden die Linken darunter nicht Selbständigkeit und Unabhängigkeit, son-



*Das Erwachen
des dritten Standes*

dem die Freiheit der Gruppe vor der Willkür der Kapitalisten. Das Kollektiv genoss bei den Linken immer höchsten Stellenwert.

Diejenigen, die auf den rechten Bänken saßen, waren anders gestrickt: Sie hielten nichts von Gleichmacherei, sondern gingen davon aus, dass die Menschen entweder von Natur aus in ihrer Begabung oder in ihrem Verhalten, wie zum Beispiel in Fleiß und Leistungsstreben, unterschiedlich sind. Demgemäß bevorzugten sie eine hierarchisch gegliederte Gesellschaft nach dem Bild einer Leiter, auf der man hochsteigen kann. In wirtschaftlichen Belangen räumten sie Nützlichkeitsüberlegungen einen hohen Rang ein. Auch das Freiheitsverständnis der Rechten war anders. Im Gegensatz zu den Linken dachten sie bei Freiheit hauptsächlich an Selbständigkeit, Ungebundenheit vom Staat und damit zusammenhängend an Eigenverantwortung. Charakteristisch für die Mitglieder des rechten Lagers waren nicht zuletzt ihr Bekenntnis zum Christentum sowie eine ausgeprägte Neigung zur Heimat, also zum eigenen Land und zur Wahrung von nationalen Rechten und Traditionen.

Beide Denkrichtungen haben zur Bildung von einst klar unterscheidbaren Parteien geführt. Die Zuordnung zu ihnen fiel den Bürgern je nach beruflicher Herkunft, Besitzstand und familiärem Milieu nicht allzu

schwer. Inzwischen haben sich durch die wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen die Zielsetzungen und das politische Selbstverständnis verändert. Das ursprüngliche Oben-unten-Schema gilt heute nicht mehr. Das liegt daran, dass die zunehmende Vielfalt von Problemen (Wirtschaftslage, Klimawandel, Digitalisierung,

Zuwanderung fremder Ethnien, öffentliche Sicherheit, Globalisierung, Konflikte innerhalb der EU etc.) völlig neue politische Herausforderungen gebracht hat.

Der Niedergang alter Parteien

Viele der neuen Probleme passen nicht mehr in das gewohnte Links-Rechts-Schema. Für SPÖ und ÖVP wird es damit immer schwerer, mit ihren Programmen alle Gegenwartsfragen unter einen ideologischen Hut zu bringen. Beide, die Schwarzen wie die Roten, hatten einst deutlich unterscheidbare politische Markenerkerne. Monopoleigenschaften der ÖVP waren „Marktwirtschaftliches Denken“, „Privateigentum und Selbständigkeit“, „Solide Staatsfinanzen“, „Bürgerlich-konservatives Lebensbild“, „Christentum“. Hauptmerkmale der SPÖ waren Kompetenzen für „Soziale Gerechtigkeit“, „Solidarische Umverteilung“, „Arbeitnehmerrechte und Gewerkschaften“, „Staatliche Lenkung“.

Die neu aufgetretenen Problemstellungen

“ Das Erscheinungsbild von Rot und Schwarz entwickelte sich zunehmend zu dem eines machtbesessenen Molochs ohne Moral, Verstand und politischen Nutzen.



lösten bei den Traditionsparteien Verwirrung aus: Ihre Zentralen wussten nicht auf diese Situation zu reagieren. Folglich betreten neue Parteien die Szene und versuchten Antworten auf den großen Wandel zu geben. Rot und Schwarz verloren immer mehr an Gewicht. Dazu kam, dass sich die Konturen von SPÖ und ÖVP durch ihr jahrzehntelanges Zusammenkleben immer mehr verwischten. Das Erscheinungsbild von Rot und Schwarz entwickelte sich zunehmend zu dem eines machtbesessenen Molochs ohne Moral, Verstand und politischen Nutzen. Die Vollstrecker ihres fatalen Proporzsystems verkamen zu ideologischen Renegaten. Die einen fügten sich entgegen ihren ideellen Grundsätzen manchen Entartungen der globalisierten Wettbewerbswirtschaft, die anderen vollzogen eine Art Sozialdemokratisierung, rückten also nach links und verleugneten viele ihrer Prinzipien und Erkennungsmerkmale.

Rechts = böse ?

An dieser Stelle ist nicht zu vergessen, dass die Vokabeln *rechts und links* weniger ein festgeschriebenes Konzept, als vielmehr ein politisches Lebensgefühl beschreiben, das im Grunde eine Konvention, also das stillschweigende Einverständnis über eine Denkweise, darstellt. Das rechte Denkmuster ist in der Bevölkerung, wie aus demoskopischen Beobachtungen hervorgeht, weit verbreitet. Selbst zu Zeiten einer starken sozialdemokratischen Stimmenmehrheit haben sich die Österreicher immer knapp rechts der Mitte eingestuft. Es ist schon von daher absurd, ein rechtes politisches Lebensgefühl automatisch mit faschistoidem Denken oder gar mit Radikalismus gleichzusetzen.

Erstauslich, eigentlich sogar unbegreiflich ist deshalb das völlige Verkennen des öffentlichen Bewusstseins durch die roten und schwarzen Parteizentralen und deren

Neigung, die elementaren Wünsche der Bevölkerung – etwa in der Flüchtlingsfrage – als den Ausdruck einer rechtsradikalen Gesinnung zu verteufeln. Anstatt auf die Besorgnisse der Menschen einzugehen und ihnen den erstrebten Schutz zu bieten, erschöpft sich die politische Energie in Phantomgefechten mit einer Vergangenheit, deren Rückkehr niemand ernsthaft erwartet geschweige denn wünscht. Es ist in Wahrheit demokratiepolitisch überfällig, den Begriff endlich wieder zu entnazifizieren und das Eintreten für die Interessen des eigenen Landes nicht länger als extremistisch, sondern als eine Normalität zu akzeptieren. Rechts ist ein ebenso legitimer Bestandteil der politischen Symmetrie wie Links.

Doch welche konkreten Verhaltensweisen kennzeichnen eigentlich politischen Extremismus? Wann wird rechter oder linker Extremismus eine Causa des Verfassungsschutzes? Wann ist der Staat gefordert, wann aber auch berechtigt, in die Diskussion über die bestmögliche Lebensform einzugreifen? Wo hört die verfassungsmäßig garantierte Meinungsfreiheit auf? Wieviel Recht besitzt der heimatverbundene Bürger, seine Kultur und Lebenswelt zu verteidigen? Darf man Leute wie Wilhelm Tell, Andreas Hofer oder Giuseppe Garibaldi für ihre Vaterlandsliebe noch bewundern, oder setzt man sich damit einer politischen Ächtung aus?

“ Darf man Leute wie Wilhelm Tell, Andreas Hofer oder Giuseppe Garibaldi für ihre Vaterlandsliebe noch bewundern, oder setzt man sich damit einer politischen Ächtung aus?

man sich damit einer politischen Ächtung aus? Ist Schillers Bühnenstück vom Schweizer Nationalhelden den heutigen Theaterbesuchern noch zumutbar, wo sich doch im Rütlichschwur schon ein Staatsverständnis ausdrückt, das nicht mehr dem heutigen Zeitgeist entspricht? „Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern und Schwestern“ – ist es noch opportun, so zu empfinden, wenigstens in dieser „gegenderten“ Form?

Wie man sieht, stecken auch im Lächerlichen manchmal große Zeitprobleme. ■



Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr.

Wir wollen frei sein, wie die Väter waren, eher den Tod, als in der Knechtschaft leben.

Wir wollen trauen auf den höchsten Gott und uns nicht fürchten vor der Macht der Menschen.

Friedrich v. Schiller



TOXISCHE GEDANKEN, BLOCKIERTE LÖSUNGEN

von Andreas Kirschhofer-Bozenhardt

Noch hat sich das reinigende Gewitter des beeindruckenden VfGH-Urteils nicht verzogen, schon schwirren wieder die vergiftenden Pfeile des Vorurteils. Die Auguren scheinen zumindest in diesem Punkt Recht zu behalten: Die Wiederholungswahl wird spätestens im Herbst zur Schlamm Schlacht. Das Klima ist toxisch.

Als einer der ersten Bogenschützen eröffnete der *Kurier*-Redakteur Josef Votzi - einer, der nicht einmal einen blauen Himmel erträglich findet – unter dem böartigen Titel „Macht Öxit-Hofer jetzt auf Brexit-Boris?“ das Gefecht aus dem medialen Hinterhalt.

In seinem Kommentar zum Richterspruch redet Votzi von der „Niederlage der Verschwörungstheoretiker“, vom „Spiel mit dem Anti-EU-Feuer“ und „fahrlässiger Brexit-Zündelei“, kritisiert Nobert Hofer dafür, dass er die EU zur Rückbesinnung auf europäische Grundwerte und Reformen aufgefordert hat,

stellt die provokante Frage, ob Österreich eine Insel der Unseligen wird, faselt von Populisten und ihren Gesinnungsfreunden und zitiert (ohne Quellenangabe) eine Umfrage, wonach die Bevölkerung die Wahlverstöße als nicht gravierend genug für eine Wiederholung des Urnengangs hält.

“ *Alle Frühsignale deuten darauf hin, dass Österreich im Herbst das Erlebnis einer Treibjagd bevorsteht, die sich außerhalb weidmännischer Regeln vollziehen wird.*

Der Leitartikel Votzis ist prototypisch nicht nur für die grüne Grundhaltung des *Kurier*, sondern auch für andere linke Sprachrohre, nicht zuletzt den ORF. Dessen Kommentator Hans Bürger hat ebenfalls keinen Zweifel daran gelassen, wo das öffentlich-rechtliche Fernsehen politisch beheimatet ist und für wen es die

Trommel rührt.

Alle Frühsignale deuten darauf hin, dass Österreich im Herbst das Erlebnis einer Treibjagd bevorsteht, die sich außerhalb weidmännischer Regeln vollziehen wird. Ein Blick in die vergangenen Monate vermittelt einen

bitteren Vorgeschmack auf das kommende Geschehen und beweist die Kurzlebigkeit von Versprechen aus dem Lager der politischen Korrektheit. Das nach dem hauchdünnen Wahlsieg von der Bellens pathetisch beschworene Miteinander statt Gegeneinander hat keine 48 Stunden gehalten. Van der Bellen selbst hat den inneren Frieden nach seiner Pseudowahl gebrochen, als er schon am 24. Mai im Ausland, in den *Tagesthemen*, gegen die FPÖ zu Felde zog. Die authentische Meldung der ARD zum Auftritt des grünen Professors vor den deutschen Fernsehkameras lautete:

„Österreichs neuer Bundespräsident von der Bellen hat eindringlich vor der FPÖ gewarnt - vor allem vor deren EU-feindlichem Kurs. ‚Die FPÖ spielt mit dem Feuer‘, sagte er in den *Tagesthemen*. Eine Renationalisierung, wie sie die Rechtspopulisten anstrebten, sei nicht im wirtschaftlichen und politischen Interesse Österreichs“.

Nur eine Stunde nach dem verbalen Ausritt des vermeintlich neuen Staatsoberhauptes vollzog sich im ZDF bei *Markus Lanz* eine kaum noch überbietbare Hetze gegen die Hofer-Wähler und somit gegen einen Großteil der österreichischen Bevölkerung. Hauptakteur war diesmal der Kabarettist Werner Schneider, der das Wahlergebnis in einer geradezu schockierenden Weise interpretierte. Was das deutsche Publikum aus dem Mund dieses Österreicherers, der sich gern in der Rolle eines Intellektuellen gefällt, zu hören bekam, war nichts anderes, als loderner, ungezügelter, hemmungsloser Hass gegen das eigene Land.

Diskreditierung als mediale Strategie

Schon vor der Hofburgwahl hatten offiziöse Vertreter aus Österreich in deutschen Medien Stimmung gegen die politischen Zustände in ihrem Herkunftsland gemacht.

“ **Unverkennbar war vor und auch nach der Bundespräsidentenwahl das Bemühen linkslastiger Medien, der Freiheitlichen Partei die Salonfähigkeit und die moralische Integrität abzusprechen.** ”

Besonders hervorgetan hat sich dabei die ORF-Repräsentantin Sabine Schuster im *ARD-Presseklub* vom 20. März. Die österreichische Journalistin rezitierte in der Sendung gebetsmühlenartig die rot-grünen Lieblingsverse von einer grundlos Ängste schürenden, innerlich zerrissenen und regierungsunfähigen Freiheitlichen Partei. Es war eine beschämende Nestbeschmutzung - inhaltsleer, unredlich und verantwortungslos.

Auch Hans Rauscher sang in unserem Nachbarland seine vom *Standard* her gewohnten Arien und malte in der *Welt am Sonntag* das Gespenst einer schweren Verfassungskrise bei einem Wahlsieg Hofers an die Wand.

Unverkennbar war vor und auch nach der Bundespräsidentenwahl das Bemühen linkslastiger Medien, der Freiheitlichen Partei die Salonfähigkeit und die moralische Integrität abzusprechen. Diesem Ziel dient die monotone Rezitation von Stereotypen und Legenden wie:

„*Hofer ist im Grunde seines Herzens undemokratisch und machtgerig. Hinter seiner Maske verbirgt sich ein Wolf im Schafspelz.*“

„*Eine Wahl Hofers schädigt das Ansehen Österreichs im Ausland und führt zu einer Isolation innerhalb Europas.*“

„*Hofers Wähler sind verhetzte, verführte, ländliche, einfache und einfältige Naturen ohne eigenes Urteilsvermögen.*“



„Die ehemals bewährte Methode, Wettbewerber im rechten Parteienspektrum als undemokratisch zu stigmatisieren und damit für unwählbar zu erklären, funktioniert nicht mehr“.

„Die Elite bevorzugt van der Bellen. Dessen Wähler stehen ganz allgemein auf einer höheren kulturellen und zivilisatorischen Stufe.“

„Hofer und FPÖ führen Österreich zurück in einen finsternen Nationalismus.“

„Hofer und seine Partei haben weder die Befähigung noch das sittliche Gewissen zur Gestaltung der Zukunft“.

Die Phantasie unsinniger Behauptungen und Verunglimpfungen erscheint unerschöpflich. Zu ihren Verkündern zählt neben den einschlägigen Medien ein buntes Gemisch aus der Bohème, darunter politische Visionäre wie Harald Krassnitzer, der Bergdoktor Sigl oder Marianne Mendt, außerdem Chansoniers, Zauberer, Kletterer, aber auch Vertreter aus dem schwarzen Partei- und Wirtschaftsmilieu vom Typus Franz Fischler oder Otmar Karas.

Die politische Ächtung ist indes, wie bereits die Ergebnisse des ersten Durchgangs zur Hofburgwahl zeigten, nicht gelungen. Der enorm hohe Stimmenanteil, den Norbert Hofer bisher verbuchen konnte, markiert ein stark verändertes Politbewusstsein der Bevölkerung. Für einen sehr großen Teil der Bürger ist es zur Selbstverständlichkeit geworden, einer auf demokratische Weise

rechts der Mitte stehenden Partei die Stimme zu geben. Auch die deutsche Qualitätspresse sah das so. Die angesehenen FAZ geißelte in scharfen Worten den SPD-Chef Gabriel, weil er Norbert Hofer im Handumdrehen zum Undemokraten erklärt und ‚alle demokratischen Kräfte‘ aufgerufen hatte, sich hinter van der Bellen zu stellen. Die FAZ wörtlich: „Die ehemals

bewährte Methode, Wettbewerber im rechten Parteienspektrum als undemokratisch zu stigmatisieren und damit für unwählbar zu erklären, funktioniert nicht mehr“.

Diskursverweigerung als politisches System

Trotz allem stellt der Versuch der moralischen Diskreditierung des menschlich und politisch untadeligen Kandidaten Norbert Hofer nicht das eigentliche und hauptsächliche Ärgernis dar, denn die Wähler haben ein feines Gespür für die Redlichkeit und Unredlichkeit von Behauptungen. Was ungleich schwerer wiegen sollte als die Frage, wie man Hofer verhindern kann, ist die Tatsache, dass durch die einseitigen Hasskampagnen gegen den FP-Kandidaten die politische Energie in eine falsche Richtung gelenkt wird. Die großen, schicksalhaften Probleme des Landes bleiben auf der Strecke.

Kaum geredet wird derzeit über all das, was die Menschen wirklich bewegt: die nach wie vor völlig ungelösten sozialen und mentalen Auswirkungen der Zuwanderung, die unausweichlichen, geradezu einprogrammierten Konflikte mit dem Islam als einer uns fremden Lebensform, die Perspektiven einer zunehmend digitalisierten Berufswelt und insbesondere über die an Rumpf und Gliedern reformbedürftige EU. An den Pranger gestellt werden nicht die haarsträubenden Fehler und Rechtsverletzungen der EU und des indiskutabel gewordenen Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker, sondern diejenigen, die das System Brüssel in Zweifel ziehen. Nachgedacht wird nicht darüber, wie man die Kritik der Wähler durch sinnvolle Veränderungen aus der Welt schafft, sondern darüber, welche Problemstellungen einem Volksentscheid keinesfalls ausgesetzt werden dürfen.

Die jetzt x-fach von Politikern rezitierte Formel: „Wir müssen besser hinhören und die Wählermeinung ernst nehmen“, ist in wohlwollender Auslegung eine politische Moderscheinung. In einer anderen, realistischen Deutung ist sie purer Zynismus. ■



Der Rechtsstaat und die Linken

Die Wiederholung der Bundespräsidentenwahl ist ein historisch einmaliger Vorgang. Sie bestätigt im Positiven die lange rechtsstaatliche Tradition, die Österreich zweifellos hat, wie im Negativen die Schludrigkeit seines aufgeblasenen Beamtenapparats. Keine Frage, dass durch die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs ein Ansehensverlust für Österreichs großspurige Behörden eingetreten ist, deren eklatantes Versagen angesichts der Aufgabe, einen Wahlgang ordentlich durchzuführen, nun offenkundig ist.

An diesem Ansehensverlust tragen weder die Richter noch die Kläger die Schuld, sondern selbstverständlich allein die Täter – auch wenn die linksgerichtete Medienlandschaft seit Tagen einen gegenteiligen Spin zu transportieren versucht. Für alle Beobachter indessen, deren Meinung nicht von parteipolitischer Taktik beherrscht wird, ist umso klarer, dass ohne die Anfechtung der Stichwahl durch die FPÖ die offensichtlich immer weiter um sich greifenden Gesetzesbrüche bei österreichischen Wahlen weder aufgefliegen wären noch bei künftigen Wahlen unterbunden würden.

Die Anfechtung war aber nicht nur eine demokratisch-rechtsstaatliche Pflicht, sie war auch zukunftsweisend: Durch sie rückt das grundsätzliche Problem der Briefwahl in den Fokus, dass niemand so recht wissen kann, ob auch jeder, in dessen Name gewählt wurde, sein Wahlkuvert zu Gesicht bekommen hat. Allein die Zahl der Personen unter Sachwalterschaft ist in

Österreich mindestens doppelt so hoch wie die Zahl der Stimmen, die Norbert Hofer und Alexander van der Bellen trennten. Dass die Briefwahl in den Pflegeheimen die sogenannten „fliegenden Wahlkommissionen“ nahezu vollständig verdrängt hat, ist ebenfalls äußerst kritisch zu sehen.

Über diese gravierenden Probleme wird nun endlich geredet, und das ist allein das Verdienst der FPÖ. Dennoch wird es der Partei Heinz-Christian Straches in der veröffentlichten Meinung wenig gedankt. Mit derselben Unerbittlichkeit, mit der man vor dem VfGH-Spruch von den Freiheitlichen einmahnte, jedwede Entscheidung des Höchstgerichts ohne weiteren kritischen Kommentar zu akzeptieren – widrigenfalls gar ein Verlassen des demokratischen Bodens und eine Vergiftung des politischen Klimas befürchtete – ergeht sich die linke Hälfte Österreichs nun nach dem VfGH-Spruch selbst in den härtesten Attacken auf die Entscheidung der Verfassungshüter.

Auftritt der Meinungsmacher

So nennt Herbert Lackner den VfGH-Spruch im *Profil* kurzerhand „nicht nachvollziehbar“, „realitätsfern“ und „weltfremd“, während sein Kollege Rainer Nikowitz meint, hinter ihm könne die FPÖ nun ihre „dreckigen Absichten“ verbergen, die Anfechtung sei ihr Mittel, um mit der Demontage der Demokratie jetzt schon anzufangen. Ins selbe Horn stößt Sibylle Hamann in der *Presse*, für sie ist die angeordnete Wahlwiederholung schlechterdings „undemokratisch“. Eric

von
Jörg Mayer

“ Immer wieder beeindruckend, wenn Journalisten sich über einen Nachmittag in ein Thema einlesen und sofort klüger als 14 Verfassungsrichter sind.

Frey wiederum brilliert im *Standard* durch seine tiefeschürfende juristische Einschätzung des VfGH-Spruchs als „Unfug“ und „Rechtsfundamentalismus“. Immer wieder beeindruckend, wenn Journalisten sich über einen Nachmittag in ein Thema einlesen und sofort klüger als 14 Verfassungsrichter sind.

Dabei erschöpfen sich die linken Attacken bislang in drei Punkten: Erstens seien lediglich „Formalfehler“, aber keinerlei Manipulationen erwiesen – eine so solide Argumentation, als würde man einen notorischen Raser, der mit Karacho über zehn rote Ampeln gedonnert ist, mit dem Hinweis weiterrasen lassen, dass er ja niemanden verletzt hätte. Das mag gut sein, nur besteht der Zweck des Verbots eben gerade darin, die Gefährdung anderer Verkehrsteilnehmer zu verhindern. Über rote Ampeln zu fahren ist nicht irgendein „Formalfehler“. Es ist verboten und zwar mit gutem Grund.

Das zweite und noch schwächere Argument lautet, die FPÖ habe die Wahl nur zum eigenen Vorteil angefochten, sie sei eine Partei schlechter Verlierer. Nun mag man bezweifeln, ob das Ziel einer politischen Partei im guten Verlieren bestehe. Noch mehr aber ist man versucht zu fragen, wer denn sonst den Wahlgang hätte anfechten sollen, wenn nicht die FPÖ? Das Team von Alexander van der Bellen etwa? Der Vorwurf, ein schlechter Verlierer zu sein, ist sicherlich das platteste und kindischste Argument, das die ohnehin nicht gerade verwöhnte österreichische Innenpolitik seit Langem gehört hat.

Der dritte Vorwurf ist indes an Norbert Hofer selbst gerichtet: Er

müsse nun seine Pflichten als dritter Nationalratspräsident, insoweit sie die Amtsgeschäfte des Bundespräsidenten betreffen, ruhend stellen. Ein Argument, warum er das müsse, wird nicht geliefert, es heißt lediglich: weil es in seiner Situation anständig wäre und weil nicht alles, was formaljuristisch kein Problem darstellt, auch moralisch in Ordnung ist – alles in allem ein unsäglich niederträchtiger Versuch zu insinuieren, Norbert Hofer wäre charakterlich unanständig und moralisch fragwürdig, weil er nicht auf Befehl der linken Medien über das nächste Stöckchen springt.

Wie hätten Sie 's denn gern?

Was sich die linken Journalisten wünschen, ist klar: Der VfGH hätte den per Briefwahl zugunsten von Alexander van der Bellen umgedrehten Wahlausgang bestätigen und dem Gesetzgeber und der Bundesregierung ein paar Auflagen machen sollen. Wozu man diese Auflagen nun befolgen sollte, wenn Wahlen ohnehin auch dann nicht aufgehoben werden, wenn dabei flächendeckend Gesetze gebrochen werden, erklären sie uns freilich nicht. Auch nicht, wie man zu der Einsicht gelangen kann, dass der VfGH die Verfassung völlig verkehrt interpretiert, wenn er dabei der Interpretation eines Hans Kelsen folgt, der ja immerhin ihr maßgeblicher Gestalter war. Der Schluss liegt daher nahe, dass Abkehr des VfGH von 90 Jahren ständiger Spruchpraxis nicht aus zwingenden inhaltlichen Erwägungen gefordert wird, sondern allein um einen FPÖ-Kandidaten in seinem Recht zu verkürzen.

Diese Charakteroffenbarung der politischen Linken sollten die Österreicher nicht vergessen, bevor sie am 2. Oktober einen neuen Bundespräsidenten wählen. ■





Die Entscheidung der Briten, die Europäische Union zu verlassen, wurde in den letzten Wochen von Politikern als auch von den Medien emotional instrumentalisiert.

Mit einer unübersehbaren Überheblichkeit berichteten die heimischen Medien, dass Menschen in Großbritannien nun Petitionen für den Verbleib in der EU unterstützen und sich nach ihrer „Fehlentscheidung“ geläutert zeigen. Nur die ganz Dummen würden dem Ausgang des Referendums weiterhin positiv gegenüberstehen.

Auch wenn es an Arroganz kaum zu überbieten ist, mehr als 50% der Bevölkerung als dümmlich hinzustellen, scheint dies in letzter Zeit zum guten Ton in der politischen Landschaft zu gehören – zumindest wenn der Ausgang einer demokratischen Entscheidung gerade nicht in das Konzept passt.

Angela Merkel meinte nach dem Referendum, dass die EU gegründet wurde, um

Jahrhunderte des Krieges zu beenden. Sinnvoll und wichtig. Was sie dabei nicht ausführte, ist freilich, wann das Verwenden von Glühbirnen zuletzt Kriege ausgelöst hat.

Genau diese Bevormundung durch die Brüsseler Bürokraten führt zur Unzufriedenheit der Bevölkerung. Die Briten haben sich für die Zukunft und gegen die Entmündigung durch ein längst überholtes System entschieden.

Die Frage bleibt offen, wer diesem Beispiel als nächstes folgen wird. ■



EUROPÄER IM URTEIL

Europa blickt in diesen Tagen mehr denn je erwartungsvoll auf Deutschland, das volkswirtschaftliche Schwergewicht in der Mitte des Kontinents. Aber wie sehen die Deutschen eigentlich die Europäer? Welche Länder genießen ihrer Meinung nach Vorrang für enge Beziehungen, wo liegen die wichtigsten Absatzmärkte, welche Nationen sind den Deutschen gefühlsmäßig am ähnlichsten? Kurzum: Wie stark ist das familiäre Empfinden innerhalb der EU? Das Münchner IMAS-Institut hat bei 2000 erwachsenen Deutschen Antworten darauf gesucht. Die unmittelbar vor dem britischen Votum durchgeführte Erhebung liefert interessante Einblicke in die mentalen Bindungen der Bevölkerung zu anderen Ländern.

Frankreich als Partner Nr. 1

Möglichst gute und enge Beziehungen wünschen sich drei Fünftel der Deutschen (59 Prozent) vor allem mit Frankreich, gefolgt von Österreich (49 Prozent) und Großbritannien (47 Prozent). Der Zahlenbefund lässt keinen Zweifel daran, dass das Vereinigte Königreich zumindest bis zum Referendum über den Austritt aus der EU einen sehr hohen Stellenwert bei den Deutschen besaß. Zu deren besonders geschätzten Partnern zählen ansonsten noch die Niederlande und die Schweiz (von je 41 Prozent erwähnt).

Rund jeder dritte Deutsche unterstrich ansonsten die Bedeutung guter Kontakte zu Dänemark, Spanien, Italien, Polen, Schweden, Belgien und Norwegen. Alle übrigen der insgesamt 29 getesteten Staaten, darunter die Türkei, Rußland und das Gros der ehemaligen Ostblockländer haben für die Kontaktpflege der Deutschen ein deutlich geringeres Gewicht.

Auf die Frage, welche Länder einen besonders guten Absatzmarkt für die eigene Wirtschaft darstellen, nimmt Frankreich (mit 47 Prozent) den Spitzenplatz auf der Bedeutungsskala ein, diesmal gefolgt von Rußland (41 Prozent), Großbritannien (35 Prozent) und Österreich (30 Prozent).

Von den restlichen Ländern werden von den Deutschen allenfalls noch Spanien, die Niederlande, die Schweiz, Italien, Polen und die Türkei als nützliche Absatzmärkte empfunden. Auffallend gering bewertet werden von der deutschen Bevölkerung die meisten ehemaligen Ostblockländer sowie die skandinavischen Staaten.



Die nützlichsten Absatzmärkte

DER DEUTSCHEN

Recht mager fielen die Antworten aus, als sich das Institut nach den Wesensverwandtschaften der Europäer erkundigte. Die mit Abstand stärkste mentale Ähnlichkeit empfinden die Deutschen (von 56 Prozent genannt) mit den Österreichern und (zu 38 Prozent) mit den Schweizern, also ihren deutschen Nachbarn. In die Nähe dieser Gefühlsbindungen kommen am ehesten die Niederländer (mit einer Nennquote von 30 Prozent).

Aufgrund der überwiegend äußerst geringen Belegungen von zumeist weniger als 5 Prozent muss man den Schluss ziehen, dass die Beziehungen der Deutschen zur Mehrheit der Europäer weit eher von rationalen Nützlichkeitsüberlegungen als vom Gefühl einer Wesensverwandtschaft gesteuert werden. Ganz besonders groß

ist die mentale Distanz der Deutschen zur Ukraine, den Balkanländern Serbien, Bosnien, Mazedonien und der Türkei. Zu all diesen Nationen verspürt nur jeder 50. Deutsche eine Ähnlichkeit im Denken und Verhalten.

Die empirischen Befunde stimmen nachdenklich. Während die europäischen Gastländer große Anstrengungen unternehmen, um die massenhaft zuwandernden Ethnien aus dem Nahen Osten und Afrika in die eigene Gesellschaft möglichst konfliktfrei einzugliedern, ist die innere Integration der Europäer einstweilen meilenweit vom Ziel entfernt. Der Weg zum Zusammenwachsen innerhalb der EU ist noch weit und mühsam.

Die Wesensverwandtschaften



Die Völker Europas



Ob Flamen oder Wallonen, auch mit ihren belgischen Nachbarn kommen die Deutschen gut aus, wobei sowohl Politik als auch Wirtschaft und Mentalität ein Stück beitragen.



Die Österreicher sind die kleinen Lieblingsbrüder der Deutschen: nah verwandt in der Mentalität, enge politische Beziehung und ein wichtiger Handelspartner.



Auch wenn die Deutschen von den Franzosen emotional vieles trennt - gute politische und wirtschaftliche Beziehungen liegen ihnen sehr am Herzen.

Den Deutschen ist die Führungsrolle in Europa zugefallen. Bieder und zurückhaltend im Auftritt, aber konsequent und tatkräftig geben sie den Takt vor. Die Deutschen entscheiden, wohin die EU marschiert.

Recht wohl ist den Deutschen ja nicht angesichts des russischen Bären, aber politisch muss man mit ihm immer rechnen - und wirtschaftlich wäre man gern beste Freunde. Wann rollt der Rubel endlich wieder?

Dem Ärmelkanal sei Dank, hält er dem Deutschen doch die angelsächsische Mentalität auf Distanz. Politisch und wirtschaftlich aber genießen die Briten - Brexit hin oder her - höchste Priorität.



Die Deutschen glauben, dass man mit den Türken Politik machen kann, außerdem lockt das wirtschaftliche Geschäft. Aber sich ihnen ähnlich fühlen? Eine Illusion.



Eine politische Freundschaft zu den Schweden ist den Deutschen wichtig, wirtschaftliche Interessen und Ähnlichkeiten in der Mentalität spielen eine etwas kleinere Rolle.



Politische und wirtschaftliche Händel mit den Griechen sind abgesehen von den ewigen Problemen der Euro-Rettung für die Deutschen weniger interessant. Das griechische Wesen ist ihnen fremd.



Thilo Sarrazin
lässt wieder
aufhorchen

EXISTENZFRAGEN FÜR UNSERE GESELLSCHAFT

Thilo Sarrazin seziert in seinem neuen Buch „Wunschdenken“ die Ursachen und Folgen einer Politik, die Deutschland und damit Europa in Identität und Existenz gefährden kann.

von Christine Schadenhofer



Seine Leser sind die schonungslos analytische Art gewohnt, mit der Thilo Sarrazin die brennenden Themen unserer Zeit bespricht. Er tut dies, ohne überheblich, moralisierend, besserwisserisch, reißerisch oder gar hetzerisch zu sein. Vielleicht macht ihn gerade diese Sachlichkeit für manche Kritiker verdächtig. Nüchtern und systematisch geht Sarrazin an die Wurzeln jener Probleme, unter denen Deutschland und letztlich ganz Europa leidet und zu zerbrechen droht.

Sarrazin beginnt seine Suche nach den Ursachen für den bedenklichen Status quo bei den Modellen und Utopien großer Vordenker wie Platon, Thomas Morus oder Karl Marx. Und er zeigt die Voraussetzungen auf, die Gesellschaften erfolgreich machen: Neben geografisch-klimatischen, ethnischen, historischen, kulturellen, religiösen und institutionellen Faktoren kommt dem Humankapital höchste Bedeutung zu, für das Sarrazin den von Rindermann/Thompson geprägten Begriff „kognitives Kapital“ verwendet. Das kognitive Kapital wird im IQ bzw. in Bildungsleistung sichtbar. Es ist entscheidend für den Wohlstand eines Landes, was sich anhand von Vergleichen von

Bildungsstandard und Wohlstandsniveau zwischen einzelnen Ländern bestätigt.

Die Frage drängt sich auf: Wie wird eine seit dem Vorjahr massiv beschleunigte Einwanderung das kognitive Kapital Deutschlands - und anderer europäischer Länder - verändern? Denn laut offiziellen deutschen Einwanderungsdaten stammt ein Großteil der Immigranten aus Herkunftsländern mit niedrigerer kognitiver Kompetenz. Dies wirkt umso schwerer, als die hohe Migration aus weniger gebildeten Gesellschaften auf Deutschland und andere europäische Länder trifft, die - insbesondere in höher gebildeten Schichten - weniger Nachkommen haben. Die Schlussfolgerung, es werde durch die Einwanderung zum Sinken des kognitiven Kapitals in Deutschland - respektive in demographisch ähnlichen Staaten - kommen, liegt auf der Hand. In der Folge würde zwangsläufig der Wohlstand sinken. Auch das für Erfolg und Lebensqualität in entwickelten Staaten maßgebliche „Sozialkapital“, das aus einem „langen historischen Gedächtnis“ resultiert, liefe Gefahr, in diesem Prozess verloren zu gehen.

Dass das Aufzeigen dieser zu erwartenden Entwicklungen kein Produkt irrationaler Ängste ist, führen Sarrazins Modellrechnungen vor Augen. Er geht davon aus, dass sich die ursprüngliche Anzahl an Flüchtlingen einer Jahrgangskohorte binnen zwei Jahrzehnten durch Familiennachzug und eigene Kinder auf das Fünffache erhöhen wird. Blicke der Zuzug auf dem Niveau von 2015, also bei einer Million Einwanderern pro Jahr, beliefe sich der Gesamteffekt der Migration im Jahr 2020 auf 9,4 Millionen, im Jahr 2030 auf knapp 41 Millionen, im Jahr 2040 auf 89 Millionen Zuwanderer mit ihrem Familiennachzug und ihren Nachfahren. Selbst wenn es gelänge, den Zuzug auf 200.000 pro Jahr zu drücken, müsste in Deutschland 2030 von 12 Millionen Menschen zusätzlicher - ethnisch, sprachlich, kulturell und religiös fremder - Bevölkerung ausgegangen werden.

“ Selbst wenn es gelänge, den Zuzug auf 200.000 pro Jahr zu drücken, müsste in Deutschland 2030 von 12 Millionen Menschen zusätzlicher - ethnisch, sprachlich, kulturell und religiös fremder - Bevölkerung ausgegangen werden.

THILO SARRAZIN WUNSCH-DENKEN

Europa, Währung, Bildung, Einwanderung – warum Politik so häufig scheitert



“ Das von Angela Merkel angestoßene utopische Experiment kann Deutschland bis zur Unkenntlichkeit verändern. Der Umfang des Schadens wird davon abhängen, ob und wie es noch gebremst werden kann und welche Folgeschäden dann bereits eingetreten sind.

Angesichts dessen scheint es nicht übertrieben, wenn Sarrazin die Rückgewinnung der Kontrolle über die Grenzen Deutschlands, die Grenzen des Schengen-Raumes als „Existenzfrage für unsere Kultur und das Überleben unserer Gesellschaft“ bezeichnet. Und seine Rüge an die Adresse der deutschen Politik, „die sich von den konkreten Interessen der heute in Deutschland lebenden Bürger völlig emanzipiert hat“ sowie an jene der deutschen Bundeskanzlerin, die „möglicherweise das Wohl der Welt im Allgemeinen im Blick hat, kaum aber noch die Interessen Europas und schon gar nicht das Interesse der Deutschen an der Zukunft der eigenen Nation, dem Schutz ihres Lebensumfeldes und ihrer kulturellen Identität“, scheint angebracht.

Anstelle der herrschenden Gesinnungsethik, die zu einem Ausblenden der Vernunft geführt hat, müssten nach Sarrazin verantwortungsethische Handlungsweisen treten, um die düsteren Prognosen abzuwenden: wirksame Grenzkontrollen, das Ende von Anreizen aus dem Sozialsystem, beschleunigte Asylverfahren, konsequente Abschiebungen.

Die Ursachen für diese und andere Entwicklungen, die Deutschland und Europa existenziell bedrohen und im Buch ebenfalls ausführlich besprochen werden, findet der Autor in systematischen politischen Fehlern, die man Todsünden der Politik nennen könnte.

Es beginnt mit „Unwissenheit“ und „Täuschung“ über die Wirklichkeit und die eigenen Handlungsmöglichkeiten. So hat sich die Politik in puncto Migration jahrelang auf ein Schengener Abkommen verlassen, das in Wirklichkeit nicht existiert, sie hat den Einwanderungsdruck aus Afrika und Asien unterschätzt und keine Vorsorge getroffen, sie hat Fehlanreize unterschätzt, die von den gut ausgebauten Sozialstaaten Europas ausgehen. Es herrschte „Bedenkenlosigkeit“ - sichtbar in einer zelebrierten „Willkommenskultur“, die die Konsequenzen



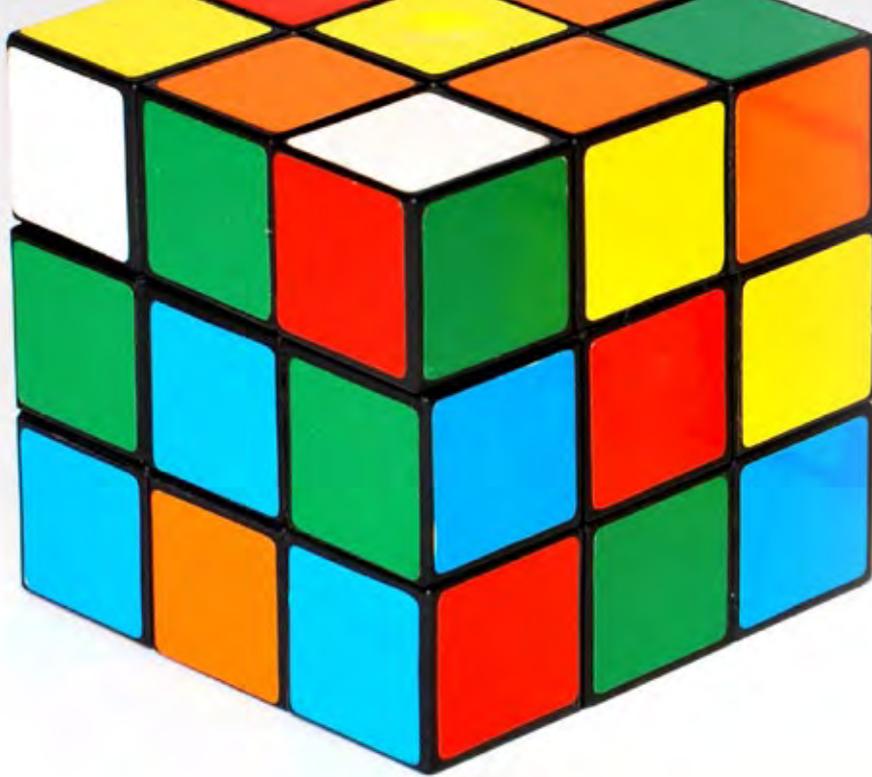
des eigenen Tuns vollkommen unberücksichtigt ließ. Es folgten Ausflüchte und Behauptungen wie: man könne die Grenzen nicht schützen, und am Ende stand eine Art politischer „Selbstbetrug“, der die Politik offenbar bis heute mehr an die eigenen Argumente glauben lässt als an die Fakten.

Sarrazins Modellrechnung zu den demographischen Auswirkungen einer sich fortsetzenden Massenmigration machen klar: Es bleibt der Politik wenig Zeit für Korrekturen und die Einleitung der richtigen Schritte. Sie muss nicht nur handeln - sie muss rasch handeln. Sarrazin: „Das von Angela Merkel angestoßene utopische Experiment kann Deutschland bis zur Unkenntlichkeit verändern. Der Umfang des Schadens wird davon abhängen, ob und wie es noch gebremst werden kann und welche Folgeschäden dann bereits eingetreten sind.“

Es ist anzunehmen, dass Sarrazins detaillierte Analysen und logische Schlussfolgerungen manchen Politikern, Eliten und Befürwortern einer neuen Weltordnung nicht gefallen werden. Verstandesbegabte Menschen werden sich jedoch schwer tun, seine Argumente einfach wegzuwischen. Sie sind stichhaltig, präzise, akribisch recherchiert und mit Querverweisen untermauert, wovon auch das beinahe 60 Seiten umfassende Verzeichnis von Quellen und Anmerkungen zeugt. Sarrazins fundierte Betrachtungen lassen keinen Zweifel daran, dass es um die Zukunft Deutschlands und Europas geht, die sich an den Themen Währung, Bildung und Einwanderung entscheiden wird. ■

Thilo Sarrazin: **WUNSCHDENKEN**; Europa, Währung, Bildung, Einwanderung - warum Politik so häufig scheitert; Deutsche Verlags-Anstalt, München 2016

Christine Schadenhofer, Jahrgang 1963, ist Absolventin eines Wirtschaftsstudiums an der Johannes Kepler Universität Linz. Ihr Werdegang zur Selbständigkeit als Kommunikationsberaterin und Publizistin führte über die Kreativbranche. In ihren politischen Texten tritt sie für Werte ein, die ihr persönlich wichtig sind: Gerechtigkeit, Wahrheit und Freiheit.



Die Botschaft der Farben

Warum sind die Schwarzen schwarz, die Roten rot und die Blauen blau?

von Christian Hiebler

Der Gebrauch von Farben und Symbolen in der Kommunikation ist so alt, wie die Kommunikation selbst. Dies gilt ganz besonders für die politische Kommunikation, also für die Vermittlung politischer Inhalte. Wer kennt sie nicht, die Farben Rot, Schwarz, Blau, Grün, Gelb, Gold, Orange, Pink? Sie alle stehen für bestimmte Botschaften. Im Laufe der Jahrhunderte unterlagen sie freilich einem gehörigen Bedeutungswandel.

Den ersten bekannten Nachweis der Kennzeichnung von Parteien mit Farben findet man bei den Römern. Bei den römischen Wagenrennen kämpften vier Pferdengespanne um den Sieg. Damit diese vom Publikum unterschieden werden konnten, waren sie mit den Farben Grün, Blau, Rot und Weiß gekennzeichnet. Seit damals können politische Gruppierungen und ge-

sellschaftliche Hierarchien mit Hilfe der Farben unterscheidbar gemacht werden.

In den verschiedenen Ländern existierten seit dem Mittelalter Gesetze, wie mit dem Gebrauch von Farben umzugehen ist und wer welche Farben tragen darf. Nur der Spitze der gesellschaftlichen Hierarchie war es erlaubt, farbige Kleider zu tragen. Diese Farbordnungen wurden zu einem komplexen System ausgebaut. Nicht nur die katholische Kirche, sondern auch die weltlichen Machthaber entwickelten differenzierte Farbsysteme zur Kennzeichnung von Status und Zugehörigkeit. Die Farbe Schwarz z.B. war im Mittelalter und zu den Zeiten, als Spanien die Weltmacht war, die dominierende Farbe und wurde auch zu Beginn der Neuzeit vom europäischen Adel bevorzugt. Schwarz war auch die Grundfarbe aller Geistlichen.

Die Schwarzen

Die Kirche war eine konservative Kraft, daher wurde die Farbe der Geistlichkeit auch zur Farbe des politischen Konservatismus. Verglichen mit den Farbbezeichnungen anderer politischer Bewegungen ist bei den konservativen Parteien das Besondere, dass die Farbe nicht selbst gewählt, sondern von den politischen Gegnern zugeschrieben wurde. Ursprüngliche Repräsentanten der konservativen Parteien waren Geistliche. Daher wurden die Vertreter dieser Parteien in Verbindung mit deren Kleidung gebracht: den Talaren, die schwarz gefärbt waren. In Österreich wurde nach dem Ersten Weltkrieg die Christlich-soziale Partei von den Sozialisten und Großdeutschen als „Partei der Pfarrer“ klassifiziert, weil die dominierenden Kräfte in der Partei die beiden Prälaten Johann Nepomuk Hauser und Ignaz Seipel waren.

Der Ausdruck „die Schwarzen“ wurde von den politischen Gegnern aufgrund der weltanschaulichen Gegensätze sehr lange als Schimpfwort verwendet, obwohl sich die Parteien sowohl in Österreich als auch in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg von den Vorgängerparteien und dem organisatorischen Naheverhältnis zur Kirche ausdrücklich distanzierten. Zudem hatten faschistische Parteien nach dem Ersten Weltkrieg die Farbe Schwarz verwendet. Bei uns hatte die 1945 neugegründete ÖVP nie wirklich Freude mit der Farbe Schwarz. Am liebsten war der ÖVP immer das staatstragende Rot-Weiß-Rot. Im Vergleich zu den anderen wahlwerbenden Parteien unterschied sich die ÖVP darin, dass diese Farbkombination seit 1945 auf sehr vielen Wahlplakaten eine dominante Rolle spielte.

In den 1960er Jahren bestimmte die Farbe Grün im Zusammenhang mit dem Rot-Weiß-Rot die Werbelinie der Volkspartei. Noch heute verwendet der ÖVP-Bauernbund die Farbe Grün. In den 1970er Jahren, als sich die ÖVP in der Opposition wiederfand, war vor allem Rot in ihrer Werbelinie zu finden. Unter Wolfgang Schüssel griff die ÖVP aber wieder auf Schwarz als Parteifarbe zurück. Im Gegensatz zur Bundespartei treten die Länderorganisationen werblich in ihren jeweiligen Landesfarben auf.



Die Roten

Im Laufe des 19. Jahrhunderts verlor die Farbe Rot ihren Status als Farbe für gehobene Stände und wurde umso mehr zur Leitfarbe der unteren Schichten, ihres sozialen Protestes und schließlich der Arbeiterbewegung und der sozialdemokratischen Parteien. Die rote Farbe und die gut sichtbare rote Fahne wurden deren Kennmerkmal. Mit dem Sturz des Zaren und Beginn der russischen Revolution im Jahr 1917 verwendeten auch die Kommunisten konsequent Rot als ihre Kennfarbe, wobei das Rot der Kommunisten auch aus dem Zarenwappen stammt.

Bei den sozialdemokratischen Parteien wurde das Rot nicht immer durchgehend genutzt. In der Zwischenkriegszeit wurde Rot vor allem verwendet, um politische und weltanschauliche Gegensätze im Vergleich zu den konservativen Parteien hervorzuheben und mit dem Erstarren der Nationalsozialisten vor deren Bedrohung zu warnen. Weil die Farbe auch stark von den Nationalsozialisten verwendet wurde, dauerte es einige Zeit, bis sie sich nach dem Zweiten Weltkrieg wiederum als Parteifarbe der Sozialdemokratie in Deutschland und Österreich durchsetzte. Rot wird ebenfalls von der sozialdemokratischen Partei der Schweiz, der *Labour Party* in Großbritannien und den (rechtsgerichteten) *Republikanern* in den USA verwendet.



Die Blauen

Die Farbe Blau war im Mittelalter eine Farbe, die jedermann tragen durfte, doch je leuchtender das Blau eines Kleides war, desto höher war der gesellschaftliche Status dessen, der es trug. Zur Zeit Ludwigs XIV. war Frankreich die Weltmacht, dementsprechend war Blau die Modefarbe. Das politische Blau entstammt jedoch aus dem Blau der Kornblume. In Deutschland fand die Kornblume politisch nur geringe Verwendung, in Österreich dagegen wurde sie zum Symbol der *Alldeutschen Bewegung* unter Ritter von Schönerer. Diesen deutschnationalen Symbolgehalt behielt sie auch in der Ersten Republik.

Heute tragen die FPÖ-Abgeordneten bei ihrer Angelobung die Kornblume im Revers, als Symbol des Dritten Lagers und der Freiheitsbewegung von 1848, in deren Tradition sich die FPÖ sieht. Blau wurde erstmals unter Friedrich Peter als Parteifarbe bei der Nationalratswahl 1962 verwendet. In Deutschland war Blau bei der FDP bis Ende der 1960er Jahre die Leitfarbe. Ansonsten wird Blau in Bayern von der CSU, in der Schweiz von der FDP, in Großbritannien von den *Tories* und in den USA von den (linksgerichteten) *Demokraten* eingesetzt. Hellblau war auch die Farbe des *Liberalen Forums*.



Die Orangen

Orange wurde politisch erstmals in den 1950er Jahren von der deutschen FDP verwendet. Im Bundestagswahlkampf 1969 wurde diese Farbe großflächig von der SPD verwendet und 1970 auch für die SPÖ eingesetzt. Danach geriet Orange politisch in Vergessenheit, ehe 2003 die CDU und 2005 das BZÖ Orange als ihre Leitfarbe wählten. Beide Parteien folgten damals einem Werbetrend. Zudem hatte die Farbe aufgrund des Einsatzes bei der „Orangen Revolution“ in der Ukraine ein positives Image. In der Schweiz hingegen verwendet die CVP schon seit 1970 die Farbe Orange.

Die Grünen

Die Farbe Grün ist eine sehr junge politische Markierung und fand erst mit dem Aufkommen der „Grün-Bewegungen“ in den 1970er Jahren Einzug in die Politik. Grün ist die Farbe der Vegetation. Sie symbolisiert das politische Engagement an Umweltschutz und Ökologie. Die Farbe prägt die *Corporate Identity* aller grünen Parteien in Österreich, Deutschland und auch in der Schweiz.

Die Braunen

Die heute verpönte Farbe Braun steht als Synonym für die Mitgliedschaft zur NSDAP. Sie geht als Kennfarbe auf die Uniformhemden („Braunhemden“) der SA zurück. Das „Braun Haus“ war von 1930 bis 1945 in München die Parteizentrale der NSDAP. Die Parteifahne war Rot – mit einem weißen Kreis und einem schwarzen Hakenkreuz in der Mitte.

Die Gelben

Die Farbe Gelb war im Mittelalter in Europa die Farbe der Geächteten und der sozial am Rande stehenden. Sie war aber im 19. Jahrhundert bereits als Farbe des Liberalismus etabliert. Politisch spielt Gelb hauptsächlich in Deutschland bei der FDP eine Rolle. Die gelbe Symbolik war die Erfindung einer Werbeagentur, deren Farbkombination Blau-Gelb seit 1972 eingesetzt wird. In der Schweiz ist Gelb neben Schwarz die Farbe der BDP. In Großbritannien verwenden die *Liberal Democrats* Gelb.

Die Pinken

Mit Pink hat eine neue politische Kennfarbe 2013 zumindest in Österreich Einzug gehalten. Diese Farbe wurde von den NEOS gewählt, weil sie einerseits Aufmerksamkeit erregt und andererseits politisch noch nicht besetzt war. Das *Team Stronach* – in Umfragen oft durch die Farbe Gelb dargestellt – wählte dagegen Weiß-Rot als Parteifarbe, weil es fast keine unbesetzten Parteifarben mehr gab.

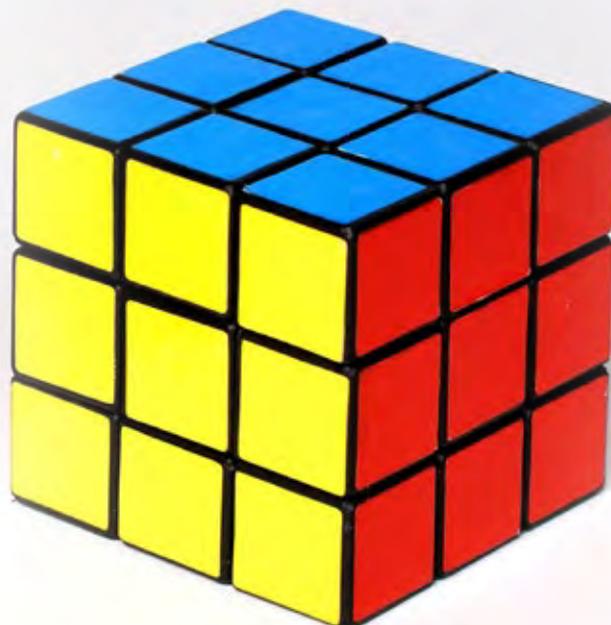
Neben den Farben sind auch Parteiblumen wichtige Symbole in der Politik. Deren Schaffung ist keine Erfindung der Neuzeit. Sie wurden vielmehr als Abzeichen von ganzen Völkern getragen. Damit schmückten sie ihre Helme, wenn sie gegen ihre Feinde in den Kampf zogen. Blumen waren oft auch jahrhundertlang das Erkennungssymbol eines Landes, wie z.B. die Lilie in Frankreich, solange die Bourbonen regierten. Die Parteiblume der Sozialdemokratie etwa ist die rote Nelke. Die Nelkensymbolik geht auf das Mittelalter zurück, ihr liegt die Metapher der aufgehenden Sonne zugrunde. Die ÖVP verwendet die weiße Rose, die FPÖ die blaue Kornblume.

Doch kaum eine parlamentarische Partei in Deutschland und Österreich hat ihre Farblinie seit dem Bestehen konsequent eingehalten. Vielmehr hat es immer wieder Abweichungen gegeben, die einerseits historisch mit der Zwischenkriegszeit begründet waren. Andererseits nahmen PR-Agenturen zunehmend Einfluss auf die Gestaltung der Werbelinie der Parteien. Auffallend ist nicht zuletzt, dass die Parteifarbe zu keiner Zeit in keinem Parteiprogramm stand, weder zur Gründungszeit, noch heute. ■



Ing. Christian Hiebler

entstammt einer steirischen Bergbauernfamilie. Nach der Matura absolvierte er eine Ausbildung zum Landwirtschaftslehrer und -berater. Seither ist er als Betriebsberater bei der Landwirtschaftskammer Stmk. tätig. 2014 erfolgte der Abschluß des Masterstudiums im Medienlehrgang an der Univ. Graz. Christian Hiebler ist Verfasser des Fachbuchs *Politische Farbspiele* (Wolfgang Hager Verlag, 2015).





**Heimat
Stabilität
Sicherheit**
Diese Begriffe liegen
den Menschen
am Herzen

Nichts, was wir denken, ist bekanntlich emotionsneutral, alles ist affektiv, gefühlsbezogen. In der Sympathie für bestimmte Worte und Begriffe spiegelt sich somit die Grundhaltung der Menschen zu den Problemen unserer Zeit.

Davon ausgehend, hat das Münchner IMAS-Institut einem repräsentativen Querschnitt der Deutschen auf einer Liste verschiedene Begriffe vorgelegt und gefragt, welche davon sympathisch klingen. Die Antworten geben interessante Einblicke in die politischen Denkmuster der Wähler und liefern Signale, die gerade jetzt – nach dem Votum der Briten gegen die EU – nicht übersehen werden sollten. Die deutschen Befunde dürfen dabei auch für die Denkmuster der Österreicher als Richtwerte gelten.

Das mit Abstand beliebteste Schlüsselwort (von 67 Prozent der Bevölkerung genannt) ist *Sicherheit*. Hoch im Kurs stehen außerdem (mit Hinweisen von jeweils mehr als 50 Prozent) die Begriffe *Ordnung*, *Stabilität* und *Heimatbewusstsein*. Im oberen Drittel der

Nennungen findet man (mit Antworten zwischen 44 und 36 Prozent) überdies *Gleichheit*, *Arbeit*, *Selbständigkeit* und *Internet*. Noch rund jedem dritten Deutschen gefallen die Signalbegriffe *Westliche Welt*, *Sparen* und *Christentum*. Nur mehr jeder Vierte reagiert zustimmend auf *Volksbefragung*, *Europäische Union* und *Multikulturell*.

Alle übrigen abgefragten Begriffe befinden sich bereits in einem sehr kritischen Bereich des öffentlichen Bewusstseins. Bestenfalls für ein Fünftel der Bevölkerung haben die Worte *Gewerkschaft*, *Medien* oder *Willkommenskultur* einen wohlthuenden Klang. Noch eine weitere Stufe tiefer (in einer Spanne von 11-17 Prozent) liegen die lobenden Hinweise auf *Staat*, *Globalisierung*, *Werbung*, *Wahlkampf*, *Beamtenum* und *Sozialismus*.

Von den restlichen Worten ist aufgrund des extrem geringen Lobes anzunehmen, daß sie bei der Masse der Bevölkerung beträchtliche Unlustgefühle auslösen. Nicht einmal jeder zehnte Erwachsene hegt Sympathie für die Begriffe *Streikmaßnahmen* und *Genforschung*. Ganz am Schluss stehen (von allenfalls jedem 20. Deutschen zustimmend erwähnt) die Worte *Zuwanderung*, *Kapitalismus*, *Kernenergie*, *Islam* und *Asylant*.

In den Befunden des Vokabeltests steckt eine unverkennbare gesellschaftspolitische Brisanz. Aufmerksamkeit verdient vor allem die praktisch nicht existente Sympathiewirkung all jener Begriffe, die mit *Zuwanderung* und *ethnischer Vielfalt* zusammenhängen, also *Willkommenskultur*, *Islam* und *Asylant*. Die gefühlsmäßige Ablehnung dieser Signal-

worte steht in einem diametralen Gegensatz zum Sympathiebündel *Sicherheit*, *Ordnung*, *Stabilität* und *Heimatbewusstsein*.

Was nachdenklich stimmt, ist überdies die äußerst mäßige Sympathieanmutung des Begriffs *Europäische Union* und die Tatsache, dass diese Bezeichnung auch in der jüngsten Altersgruppe (mit Hinweisen von 31 Prozent) keine nennenswerte Begeisterung auslöst. Das Syndrom dieser Erkenntnisse erinnert in fataler Weise an das öffentliche Bewusstsein in Großbritannien, das schließlich zum europäischen Elementarereignis „Brexit“ führte.

Nicht zu übersehen ist ansonsten die recht dürftige Zustimmung der Deutschen zum Begriff *Medien*, der erst im unteren Mittelfeld der Sympathieränge aufscheint. Dieser Sachverhalt lässt auf eine geringe Harmonie zwischen Kommunikatoren und Publikum schließen und insofern eine weitere Brandstelle im sozialen Getriebe befürchten. ■

**Islam
Asylant
Zuwanderung**
Die wenigsten finden
diese Begriffe
sympathisch





Eine Welt aus den Fugen
– scheitert die Emanzipation?

von Nicole di Bernardo

Frauenrechtlerinnen werden nicht müde immer wieder zu betonen, wie wichtig es sei, dass die moderne Frau dem Mann in jeglichen Belangen gleichgestellt sei. Dass sie ein Leben führt, das sie frei nach ihren eigenen Vorstellungen gestalten kann.

Nur inwieweit gelingt dies Frauen heutzutage? Hat die weibliche Emanzipation - vor allem in ihrer absurdesten und extremsten Form, bei der versucht wird, jeglichen Unterschied zwischen den Geschlechtern zu verwischen – vielleicht sogar versagt?

Zwar wird die Frau von heute nicht mehr automatisch in die Rolle als „reine“ Hausfrau und Mutter gedrängt. Dennoch fühlen wir Frauen uns mit einem Gesellschaftsbild konfrontiert, dessen Erfüllung uns vor ungeahnte Herausforderungen stellt. Wer sich für eines der vorhandenen Rollenbilder, eingegrenzt auf „Karriere-Emanze“ oder „Hausmütterchen“, entscheidet, sieht sich mit den lächerlichsten Kritikpunkten konfrontiert.

So erntete beispielsweise eine junge Journalistin einen „Shitstorm“ in den sozialen Medien, weil sie einen Artikel auf der Website der BBC veröffentlicht hatte, in dem sie erklärte, sie wolle keine Kinder bekommen. Von der Behauptung, sie sei ja ahnungslos und werde ihre Einstellung schon noch ändern, über den Vorwurf, sie sei egoistisch, bis hin zu wüsten Beschimpfungen, alles musste sie über sich ergehen lassen. Nur weil sie eine Entscheidung öffentlich kundtat, die sie für sich selbst getroffen hatte und die ihr als erwachsene Frau wohl zustehen müsste – ohne dass sich die Gesellschaft bemüht, ihr diese in Abrede zu stellen.

Aber auch eine Frau, die sich dafür entscheidet, sich auf ihre Familie und Kinder zu konzentrieren, sieht sich mit wahnwitzigen Vorhaltungen konfrontiert. Warum sie es nicht wie viele andere schafft, Beruf und

Familie unter einen Hut zu bringen? Ob es sie nicht störe, von anderen Personen (meist vom Partner) finanziell abhängig zu sein? Auch die Anschuldigung, sie trete die durch vorherige Generationen hart erkämpfte Emanzipationen mit Füßen, wenn sie sich in dieses Rollenbild „zurückdrängen“ lasse, schwingt bei so einigen Aussagen der selbsternannten „Lebensexperten“ mit.

Und jene Frauen, die versuchen beide Rollenbilder zu erfüllen – ob aus eigenem Wunsch oder auf Zwang des Umfelds hin – sind nicht selten überfordert und ständig in Sorge, bei dem nur kleinsten Fehler den Spiegel vorgehalten zu bekommen, der einem zeigen soll, dass alleine schon die Vorstellung, alles unter einen Hut zu bringen, der erste und größte Fehler von allen war.

Und so steht man als junge Frau in der modernen Welt, die von Erwartungen und gesellschaftlichen Zwängen überfüllt ist und die einem jegliches Gefühl von Freiheit entzieht. Da stellt sich die Frage, welchen Weg die „moderne Frau“ in Zukunft gehen wird?

Vielleicht sollte die Idee der „Emanzipation“ endlich weg vom starren Gleichsetzen der Geschlechter, hin zu einer wirklichen Entscheidungsfreiheit für Frauen, in der sowohl die gesetzliche Grundlage als auch das gesellschaftliche Bild die Möglichkeit zur weiblichen Selbstverwirklichung gibt – unabhängig von vorgefassten Meinungen oder festgesetzten Rollenbildern. ■

“ Wer sich für eines der vorhandenen Rollenbilder, eingegrenzt auf „Karriere-Emanze“ oder „Hausmütterchen“, entscheidet, sieht sich mit den lächerlichsten Kritikpunkten konfrontiert.

“ Die Vorstellung, alles unter einen Hut zu bringen, war der erste und größte Fehler von allen.

“ Vielleicht sollte die Idee der „Emanzipation“ endlich weg vom starren Gleichsetzen der Geschlechter, hin zu einer wirklichen Entscheidungsfreiheit für Frauen.

MEDIEN ALS TRANSPORTEURE GEWÜNSCHTER NARRATIVE ?

Das Informationskartell!

von Christine Schadenhofer

Mehr denn je ist heute von Mainstream-Medien die Rede, von Gleichschaltung, gelenkten Medien und Manipulation. In einer Studie von *Swiss Propaganda* auf wordpress.com wird schlüssig dargelegt, warum dieser Eindruck kritischer Medienkonsumenten zumindest im Hinblick auf Geopolitik nicht trägt.

Um zu verstehen, warum sich Headlines, Berichte und Bilder in den Medien weltweit gleichen, muss man wissen, dass sie zum überwiegenden Teil aus denselben Quellen gespeist werden. Die Informationsmacht liegt in den Händen von großen Nachrichtenagenturen. Laut *Swiss Propaganda* gibt es nur drei weltweit agierende Unternehmen: die amerikanische *Associated Press*, deren Informationen von rund 12.000 Medien weltweit genutzt werden, die quasi-staatliche französische *Agence France-Presse* und die britische Agentur *Reuters*, die 2008 zu *Thomson-Reuters* mit Sitz in New York fusioniert wurde. Als semi-global kann noch die *Deutsche Presse Agentur* gerechnet werden. Diese Agenturen entscheiden maßgeblich über die Inhalte, die berichtet werden, sie bestimmen die Tonart.

“ Wenn es jemandem gelingt, eine Falschmeldung in einer der drei Agenturen zu platzieren, ist die Chance hoch, dass diese Meldung rund um die Welt geht.

agenturen, die jedoch in ihrer geopolitischen Berichterstattung in weiten Bereichen auf die Meldungen der drei großen angewiesen sind. Allein schon aus ökonomischen Gründen muss in der Recherche vor Ort kooperiert werden.

Auf der nächsten Ebene der Informationskette - bei den Medien - ist man im Hinblick auf das Weltgeschehen erst recht auf Agenturmeldungen angewiesen oder man beruft sich auf große britische und amerikanische Medien und damit auch auf deren Blick auf die Welt.

Ein solches System ist natürlich eine Instanz, die die gesamte Information über das weltpolitische Geschehen beherrscht. Zudem ist es anfällig für gezielte Manipulation von außen: Wenn es jemandem gelingt, eine Falschmeldung in einer der drei Agenturen zu platzieren, ist die Chance hoch, dass diese Meldung rund um die Welt geht. Was aber in der Praxis schwerer wiegen wird, sind die Möglichkeiten, die dieses System bietet, alleine durch Auswahl und Tonart von „News“ Meinung und damit Politik zu machen.

An diesen obersten Quellen der Information hängt eine Vielzahl von kleineren Presse-

Soweit die Theorie von *Swiss Propaganda*, aber lassen sich diese vermuteten Zusam-



menhänge auch empirisch nachvollziehen? Dazu hat das Forscherteam von 1. bis 15. Oktober 2015 die Berichterstattung von je drei führenden Tageszeitungen in Österreich, Deutschland und der Schweiz zum Syrienkonflikt - Print wie Online - unter die Lupe genommen. Insgesamt wurden 381 Artikel aus *Welt*, *SZ*, *FAZ*, *NZZ*, *TA*, *BaZ*, *Standard*, *Kurier* und *Presse* analysiert.

Die Dominanz von Agenturmeldungen (sie sind am Quellen-Kürzel erkennbar) hat sich klar bestätigt: 55% der Artikel waren reine Agenturmeldungen, weitere 23 % waren Berichte auf Basis von Agenturmeldungen. Insgesamt können also 78% der Syrien-Berichte dieses Zeitraums auf Agenturen - und damit letztlich auf wenige große Agenturen - zurückgeführt werden. Ganze 0% der Syrien-Berichterstattung stammten laut den Studienautoren übrigens aus investigativen Recherchen durch die untersuchten Medien. Eine weitere Analyse der Meinungen, Gastkommentare und Interviews in den untersuchten Medien zeigte,

dass diese Beiträge zu 82 % USA/NATO-freundlich ausfielen, während 16 % als neutral und nur 2 % als USA/NATO-kritisch bewertet wurden.

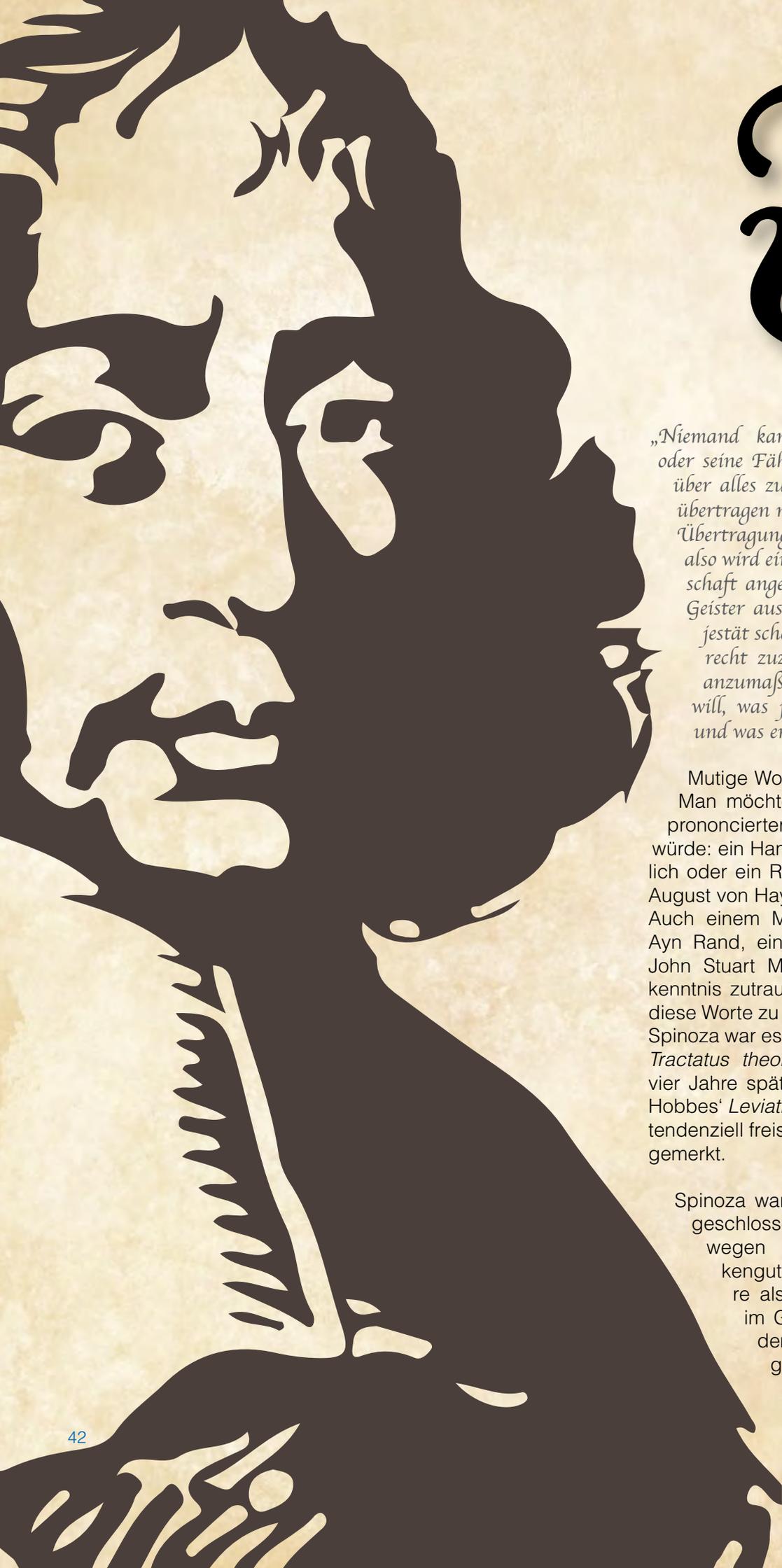
Nachrichtenmedien sind „Agenten derer, die die politische und wirtschaftliche Macht ausüben“, wird der ehemalige AP-Journalist Herbert Altschull in der Studie zitiert. Angesichts der Ergebnisse und einem eigenen kritischen Blick auf die Berichterstattung der Medien muss befürchtet werden, dass diese Aussage tatsächlich zutrifft.

“ **Eine weitere Analyse der Meinungen, Gastkommentare und Interviews in den untersuchten Medien zeigte, dass diese Beiträge zu 82 % USA/NATO-freundlich ausfielen.**

Dennoch: Es gibt Grund zur Hoffnung. Internet und *Social Media* sind dabei, das herrschende Informationskartell aufzubrechen. „Die kommenden Jahre werden es zeigen: Wird die »politische und wirtschaftliche Macht« gemäß Altschulls »Gesetz« die Kontrolle über die Nachrichten behalten – oder werden »unkontrollierte« Nachrichten das politische und ökonomische Machtgefüge verändern?“, schließen die Studienautoren. ■



Im herrschenden Informationskartell entscheiden wenige Player, welche Nachrichten beim Medienkonsumenten ankommen. Dies ist die zentrale Aussage einer interessanten Studie, die im Juni auf wordpress.com veröffentlicht wurde. Der volle Bericht: „Der Propaganda-Multiplikator: Wie globale Nachrichtenagenturen und westliche Medien über Geopolitik berichten“ kann auf swisspropaganda.wordpress.com abgerufen werden.



Frei

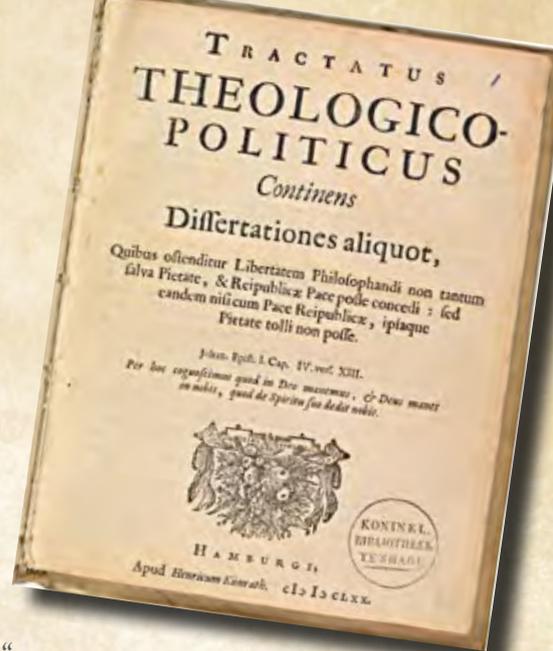
von Jörg Mayer

„Niemand kann sein natürliches Recht oder seine Fähigkeit frei zu schließen und über alles zu urteilen auf einen anderen übertragen noch kann er zu einer solchen Übertragung gezwungen werden. Darum also wird eine Regierung als Gewaltherrschaft angesehen, wenn sie sich auf die Geister ausdehnt, und die höchste Majestät scheint den Untertanen ein Unrecht zuzufügen und sich ihr Recht anzumaßen, wenn sie vorschreiben will, was jeder als wahr anzunehmen und was er als falsch verwerfen soll.“

Mutige Worte, herausfordernde Worte. Man möchte annehmen, dass nur ein prononcierter Liberaler so formulieren würde: ein Hans-Hermann Hoppe womöglich oder ein Roland Baader, ein Friedrich August von Hayek oder Ludwig van Mises. Auch einem Milton Friedman oder einer Ayn Rand, einem Murray Rothbard oder John Stuart Mill würde man dieses Bekenntnis zutrauen. Doch keiner davon hat diese Worte zu Papier gebracht. Baruch de Spinoza war es, in seinem 1670 erschienenen *Tractatus theologico-politicus*, der schon vier Jahre später gemeinsam mit Thomas Hobbes' *Leviathan* verboten wurde – in den tendenziell freisinnigen Niederlanden wohl gemerkt.

Spinoza war sephardischer Jude, ausgeschlossen aus seiner Gemeinde wegen religionskritischen Gedankenguts, und dennoch alles andere als ein libertärer Geist. Ganz im Gegenteil, ein starker Staat, dem die Bürger sich zum allgemeinen Wohl gehorsam unterordneten, war sein Ideal. Jedoch ein Staat, dessen Zweck es war,

Denken!



„nicht Menschen aus vernünftigen Wesen zu Tieren oder Automaten zu machen, sondern vielmehr zu bewirken, daß ihr Geist und ihr Körper ungefährdet seine Kräfte entfalten kann, daß sie selbst frei ihre Vernunft gebrauchen, und daß sie nicht mit Zorn, Haß und Hinterlist sich bekämpfen, noch feindselig gegeneinander gesinnt sind.“

Nichts könnte dieser Konzeption ferner stehen als jener „Idealstaat“, der den heutigen Linken vorschwebt und der medial als erstrebenswertes Ziel unserer Gesellschaft angepriesen wird. Doch ohne freie Gedanken und ihre Aussprache kann es nach Spinoza Frieden und Frömmigkeit nicht geben, an ihrem Mangel ginge jeder demokratische Staat zugrunde. Denn Meinungsfreiheit ist der Grundstein für jede wahre Gemeinschaft von Menschen, ihre Einschränkung hingegen selbst mit einer angeblichen Notwendigkeit zur Aufrechterhaltung der allgemeinen Ordnung nicht zu rechtfertigen, denn zwar lebe ein Staat davon, dass gemeinsam gehandelt, aber nicht davon, dass auch gemeinsam gedacht werde. Die weltanschauliche Neutralität des Staates ist für Spinoza so wünschenswert, wie seine Parteinahme verderblich. So konstatiert er niedergeschlagen:

„Da wird an rechtschaffenen Leuten ein Exempel statuiert, das eher nach einem Martyrium aussieht und das die anderen mehr erbittert und zum Mitleid, ja zur Rache bewegt als daß es sie abschreckt. Treu und Glaube und die guten Sitten werden vernichtet, Heuchler und Verräter großgezogen, und die Gegner triumphieren, weil man ihrem Hasse nachgegeben hat, und weil es ihnen gelungen ist, die Inhaber der Regierungsgewalt zu Parteigängern der

Lehre zu machen, als deren Ausleger sie gelten.“

Von welcher Zeit spricht Spinoza, von der seinen nur oder auch der unsrigen? Die erstarkende Macht einiger Religionsverbände und das angespannte Meinungsklima im Europa der Gegenwart deuten jedenfalls heute eine unbehagliche Parallele zu jener Epoche an, die Spinozas Gegenwart war, jene Zeit, als in den Niederlanden auf das großbürgerliche Regiment Johan de Witts die Statthalterschaft des beliebten, aber repressiveren Wilhelms III. von Oranien folgte.

Vielleicht leben wir an einer ähnlichen Zeitenwende. Obrigkeithliche Kontrolle ist wieder modern. Aktivitäten gegen „Hass im Netz“ – so der gängige Euphemismus für das Ausspähen der Bürger im Internet – nehmen zu. Diese Entwicklung sollte nicht nur freiheitlich gesinnte Redaktionen, sondern überhaupt jeden republikanisch gesinnten Menschen sorgenvoll stimmen.

In dieser Ausgabe des Attersee-Reports wurde die Frage nach den geistigen Bruchstellen unserer Gesellschaft gestellt. Wo die theoretischen Grenzen der Meinungsfreiheit liegen, wird in einer der folgenden Ausgaben zu behandeln sein. Die faktischen Grenzen indes liegen eindeutig dort, wo sich Regierende bereit erklären, „dem Zorn derer entgegenzukommen oder richtiger nachzugeben, die keine freien Geister neben sich dulden können.“

Ihnen gilt es härtesten Widerstand zu leisten. ■





www.attersee-forum.at



atterseekreis

Besuchen Sie
uns auch im
Internet

[www.
attersee-forum
.at](http://www.attersee-forum.at)

